



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 11

November 1987

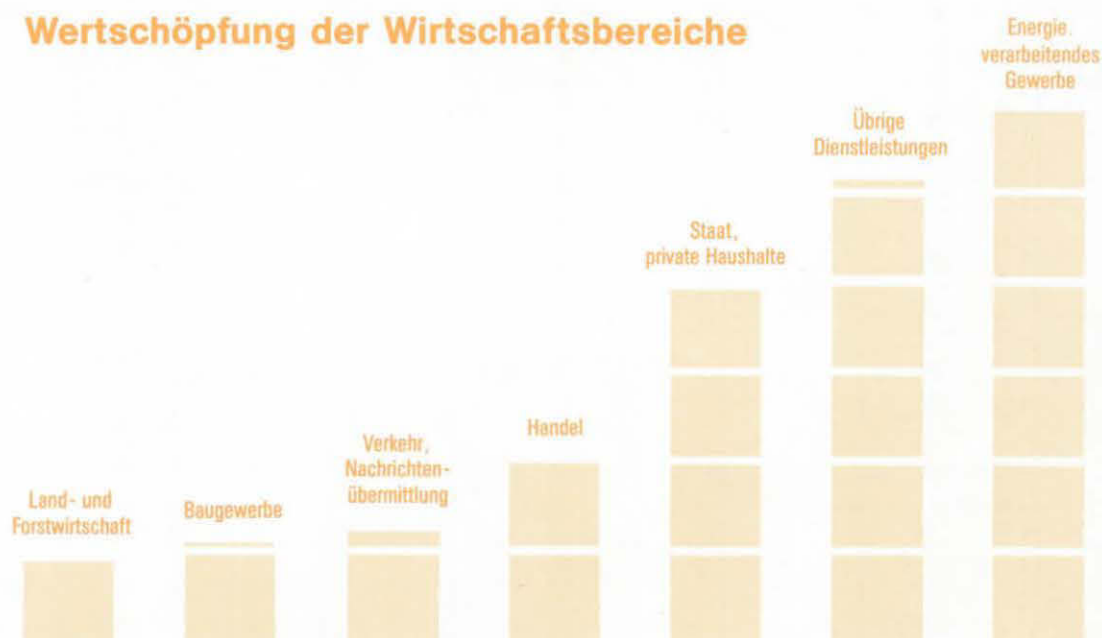
Grafik des Monats: Umsatz im Einzelhandel 1984

Aufsätze: Schlachtungen
Sozialhilfe 1986

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		August 1987		Januar bis August 1987	
Beschäftigte	1 000	165	— 2,1	164	— 1,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 1,9	15	— 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	558	+ 1,5	549	+ 1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 822	+ 0,8	2 885	— 2,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 208	— 0,6	2 226	— 4,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	614	+ 6,4	658	+ 4,6
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 104	+ 23,6	1 666	+ 4,4
aus dem Inland	Mill. DM	1 613	+ 30,4	1 156	+ 4,9
aus dem Ausland	Mill. DM	491	+ 5,6	510	+ 3,4
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	40	— 3,9	38	— 4,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	— 2,8	4	— 9,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	116	+ 0,1	93	— 3,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	399	+ 0,4	261	— 9,0
Auftragseingang ³	Mill. DM	236	+ 8,8	202	— 7,8
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	642	+ 12,4	577	— 11,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	587	+ 85,8	402	+ 14,9
Einzelhandel					
		Mai 1987		Januar bis Mai 1987	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	100,7	— 2,7	95,1	+ 0,5
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	113,4	— 3,1	81,7	— 0,9
Fremdenverkehr ⁵					
		Juni 1987		Januar bis Juni 1987	
Ankünfte	1 000	391	+ 1,1	217	— 3,0
Übernachtungen	1 000	2 285	+ 7,1	1 058	— 0,1
Arbeitsmarkt					
		August 1987		Januar bis August 1987	
Arbeitslose	Anzahl	101 750	— 3,2	113 680	— 3,8
Außenhandel					
		Juli 1987		Januar bis Juli 1987	
Ausfuhr	Mill. DM	754,9	+ 7,8	854,8	+ 9,7
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 769	— 10,7	9 121	— 8,9
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	48 140	+ 3,8	47 686	+ 4,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 11/87

	Seite
Aktuelle Auslese	211
Aufsätze	
Schlachtungen in Schleswig-Holstein	212
Sozialhilfe 1986	223
Aus unserem Archiv	227
Grafik des Monats	218
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ... Beilage	
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1987

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983
Wirtschaftliches Wachstum 1986
Arbeitsstätten des Einzelhandels
Rehabilitationsmaßnahmen

Heft 7/1987

Zum Nach-Denken über „anonymisiert“
Gastgewerbe 1985
Berufsbildungsstatistik 1986

Heft 8/1987

Krankenhauspatientenstatistik
Einbürgerungen 1986
Ackernutzung 1987

Heft 9/1987

Verarbeitendes Gewerbe 1986
Bruttowertschöpfung in den Kreisen
Bevölkerungsentwicklung 1986
Kaufwerte für Bauland 1986
Studenten im SS 1987
Hochschulprüfungen

10/1987

Einkommensverteilung 1983
Sozialer Wohnungsbau
Studien- und Berufswünsche

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen	4/76
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit	4/79
Die ältesten Volkszählungen	4/86
Einbürgerungen	8/166
Bevölkerungsentwicklung 1986	9/181
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	8/156
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1986/87	2/38
Bildungswanderungen	2/40
Berufsbildungsstatistik 1986	7/149
Studenten im SS 1987	9/186
Hochschulprüfungen	9/187
Studien- und Berufswünsche	10/204
Wahlen	
Bundestagswahl 1987	5/100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ackernutzung 1987	8/167
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe	2/42
Verarbeitendes Gewerbe 1986	9/172
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Sozialer Wohnungsbau	10/197
Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandel	5/110
Arbeitsstätten des Einzelhandels	6/132
Gastgewerbe 1985	7/143
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	2/28
Rehabilitationsmaßnahmen	6/133
Öffentliche Finanzen	
Einkommensverteilung 1983	10/192
Preise	
Kaufwerte für Bauland 1986	9/183
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4
Wirtschaftliches Wachstum 1986	6/131
Bruttowertschöpfung in den Kreisen	9/176
Umweltschutz	
Öffentliche Abwasserbeseitigung	6/120
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1986	3/47
Zum Nach-Denken über „anonymisiert“	7/140



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 11

November 1987

Aktuelle Auslese

Weniger Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe



In den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten waren im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1987 etwa 163 000 Personen tätig. Das sind 1,4 % weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Im Bundesgebiet dagegen gab es gleichzeitig einen geringen Beschäftigungszuwachs (+ 0,3 %).

Vom Personalabbau war der Investitionsgütersektor mit 2,3 % am stärksten betroffen, weil zu ihm der Schiffbau zählt, der in besonders hohem Maße Personal freisetzt (- 20,3 %). Leichte Beschäftigungsrückgänge gab es auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 0,7 %) und bei den Verbrauchsgüterproduzenten (- 0,9 %). Lediglich im Nahrungs- und Genussmittelsektor waren im ersten Halbjahr 1987 mehr Männer und Frauen tätig (+ 1,1 %) als im Jahr zuvor.

Rinderschlachtungen leicht gestiegen



Von Januar bis August 1987 wurden in Schleswig-Holstein 330 000 Rinder gewerblich geschlachtet, 3 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der geschlachteten Bullen war stark rückläufig (- 7 %), während die der Schlachtkühe als Folge der Milchgarantiemengenregelung überproportional zunahm (+ 13 %). Abgenommen (- 4 %) hat auch die Zahl der gewerblich geschlachteten Schweine. Mit einem Anteil von 59 % an der Schlachtmenge der gewerblichen Großviehschlachtungen ist das Schwein der bedeutendste Fleischlieferant in Schleswig-Holstein.

Weniger Hochschulabsolventen



Im Wintersemester 1986/87 stellten sich in Schleswig-Holstein 1 872 Studierende einer Abschlußprüfung; das sind 7 % weniger als im Wintersemester 1985/86. Die Erfolgsquote lag bei 95 %.

Von den 1 784 erfolgreichen Hochschulabsolventen hatten 545 ein Fachhochschul-Studium abgeschlossen, 358 bestanden ein Staatsexamen (ohne Lehramtsexamen), 286 eine Lehramtsprüfung, 262 die Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule. 229 Doktoranden konnten eine Promotion erfolgreich abschließen. Außerdem bestanden 41 Kandidaten eine Magisterprüfung, 34 eine Musikprüfung und 29 die kirchliche Abschlußprüfung.

Die Zahl der weiblichen Prüfungsteilnehmer ging um 6 % auf 683 zurück. Von diesen waren 641 (94 %) erfolgreich.

401 Einwohner je Arzt



Ende 1986 waren in Schleswig-Holstein 6 512 Ärzte, darunter 1 497 Frauen, tätig. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Ärzte wiederum — wenn auch nur geringfügig — um 48, so daß ein Arzt am Jahresende durchschnittlich nur noch 401 Einwohner betreute. Von den Ärzten arbeiteten 45,6 % in freier Praxis, und 1,6 % waren als Assistenten bei Ärzten in freier Praxis beschäftigt. 44,0 % waren hauptamtlich in einem Krankenhaus und 8,8 % in Verwaltung und Forschung tätig.

Die Zahl der Zahnärzte hat sich nur unwesentlich verändert. Auf einen der 1 588 Zahnärzte entfallen 1 645 Einwohner. 294 Frauen übten den Zahnarztberuf aus.

Schlachtungen in Schleswig-Holstein

Historische Entwicklung

Die statistische Erfassung wesentlicher Bereiche aus Wirtschaft und Bevölkerung in Schleswig-Holstein läßt sich über mehr als 200 Jahre zurückverfolgen. Bereits zur Zeit der dänischen Herrschaft über die damaligen Herzogtümer Schleswig und Holstein finden sich zahlreiche in Kopenhagen erarbeitete Statistiken über Handel und Bevölkerungsentwicklung. Dies gilt auch für den Bereich der Viehzählungen und Viehbestandserhebungen.

Ganz anders stellt sich die Situation im Bereich der Schlachtungen dar. Lange Zeit hatte eine direkte Beziehung zwischen Erzeuger und Schlachter bestanden, die Tiere waren ohne eine verbindliche Regelung auf der Basis persönlicher Absprachen gehandelt worden.¹ Erst 1868, kurz nachdem Schleswig-Holstein preußische Provinz geworden war, wurde es weitgehend Pflicht, Schlachthöfe zu nutzen. Man trug damit den gestiegenen Hygieneansprüchen Rechnung. Aber auch in den Schlachthöfen wurden die Gewichte in der Regel nur geschätzt.

In der Zeit nach 1870/71 begann der Mangel an Daten über das dem Markt zugeführte Schlachtvieh in der Landwirtschaft auf Kritik zu stoßen. 1874 forderte der Deutsche Landwirtschaftsrat die Einführung des Handels nach Lebendgewicht, um die Abrechnungsverfahren zu beschleunigen.

Erst 1900 wurde der Forderung nach Transparenz des Schlachtgeschäftes mit der ersten Einteilung nach „Schlachtviehklassen für Lebendvieh“ Rechnung getragen. Sie war bereits stark differenziert und enthielt in ihren Grundlagen Kriterien, die noch heute gültig sind.

Ebenfalls 1900 wurde das Gesetz betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau erlassen, in dem eine amtliche Untersuchung für zum menschlichen Genuß bestimmtes Fleisch verbindlich vorgeschrieben wird (Beschauzwang). Die zuständigen Landesbehörden bestellten die Beschauer und bildeten Schaubezirke. Somit war der Weg frei für eine Erhebung von Schlachtdaten aus den Beschautagebüchern.

Seit 1904 wird in Schleswig-Holstein eine Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik geführt, und 1909 wurde mit der Aufstellung von Handelsklassen für Schweine eine allgemeingültige Schlachtwertklassenordnung geschaffen.

Sie mündete in das Reichsgesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch von 1925, das eine reichseinheitliche Schlachtwertklassenordnung schuf. Zudem sah das Gesetz die Möglichkeit des Handels nach Lebendgewicht sowie den Schlußscheinzwang vor (schriftliche Abrechnung mit Angabe von Gewicht und Preis).

Für Hausschlachtungen wurde der Beschauzwang in Schleswig-Holstein erst 1930 eingeführt, ab 1937 galt dieser auch reichseinheitlich. Eine entsprechende gesetzliche Regelung wurde durch das Fleischbeschau-gesetz von 1940 geschaffen, das die Basis bildet für alle weiteren gesetzlichen Fleischbeschaueregeln der Nachkriegszeit.

Einen der ersten Schritte zu einer gesetzlichen Regelung des Verkehrs mit Vieh und Fleisch in der Bundesrepublik Deutschland bildete das Vieh- und Fleischgesetz von 1951. Es regelte Handel und Wiegezwang. Demnach dürfen Schlachttiere auf Groß- und Schlachtviehmärkten nur nach Lebendgewicht abgerechnet werden, welches direkt nach dem Verkauf auf amtlichen Waagen festgestellt werden muß.

Der Handel mit Vieh und Fleisch ausländischer Herkunft erfuhr eine neue Ordnung durch die Einrichtung einer „Einfuhr- und Vorratsstelle“, eines Vorläufers der Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung (BALM). Einzuführendes Schlachtvieh und importierte Fleisch- und Fleischerzeugnisse müssen der Einfuhr- und Vorratsstelle zum Kauf angeboten werden. Somit besteht hier die Möglichkeit, nach dem Flaschenhalsprinzip eine weitere Quelle für Schlachtzahlen und -gewichte zu eröffnen.

Die 4. Durchführungsverordnung (DVO) von 1970 zum Vieh- und Fleischgesetz regelt die Meldepflicht (Preise und Mengen) auch für solche Tiere, die abseits der großen Schlachtviehmärkte in den Handel gebracht werden. Diese Meldepflicht gilt allerdings nur oberhalb bestimmter Bestandsgrenzen.

In den folgenden Durchführungsverordnungen zum Vieh- und Fleischgesetz aus den Jahren 1970 bis 1976

1) Rümker, Joachim von, Zur Geschichte der Handelsklassen in Deutschland, in: BML (Hrsg.), Berichte über Landwirtschaft, Heft 4/1966, S. 672

wurde der Geschlachtungsvermarktung, die eine steigende Tendenz aufwies, auch außerhalb von notierungspflichtigen Märkten (wie z. B. in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken) eine gesetzliche Basis gegeben.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die zunehmende Verlagerung der Schlachtungen vom Ort des Verbrauches zum Ort der Erzeugung. So wurden bis ca. Mitte der 60er Jahre die Tiere noch weitgehend über Lebendviehmärkte mit der entsprechenden Abrechnung nach Lebendgewicht vermarktet.

Unter anderem im Zuge der Entwicklung der modernen Kühltechnik verloren die großen zentralen Viehmärkte ihre Bedeutung. Die Geschlachtungsvermarktung löste die Lebensvermarktung mehr und mehr ab, die Tiere wurden nach Schlachtgewicht bezahlt. Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken, die selbst nur noch selten lebende Tiere einkaufen, sind zunehmend in den Vordergrund getreten.

Grundlage der heutigen Erhebungen ist das Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975. Sein Inhalt läßt sich über mehrere Stufen bis auf die Bekanntmachung über die Schlachtungs- und Fleischbeschau von 1940 zurückführen und schreibt die monatliche Erfassung aller geschlachteten Tiere vor. Dies gilt auch für die durchschnittlichen Lebend- und Schlachtgewichte von Schlachttieren inländischer Herkunft.

Aussagen in bezug auf statistische Erhebungen enthält auch die Neufassung des Fleischbeschaugesetzes von 1981. Sie schrieb die Führung einer Statistik über die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischbeschau vor, eine Regelung, die auch in der neuesten Form, dem Fleischhygienegesetz vom 24. Februar 1987, inhaltlich beibehalten wird.

Methodik

Die Statistik der Schlachtungen umfaßt die drei Merkmale

- Anzahl der geschlachteten Tiere,
- durchschnittliches Schlachtgewicht,
- Schlachtmenge als Produkt aus der Anzahl der geschlachteten Tiere und dem durchschnittlichen Schlachtgewicht.

Die Zählung der geschlachteten Tiere ist methodisch bereits seit Einführung der Beschautagebücher für ge-

werbliche Schlachtungen an die Schlachttier- und Fleischbeschau geknüpft.

Die Hausschlachtungen mußten zunächst gesondert im Rahmen von Viehzählungen, im Falle der Schweine nach Unterlagen der Trichinenschau, erfaßt werden, bevor auch sie dem Beschauzwang unterlagen. Die Fleischbeschauärzte und Fleischbeschauer führen ein in seiner Aufteilung vorgeschriebenes Beschautagebuch. Die darauf beruhenden monatlichen Meldungen sind nach Tierarten, bei Rindern zusätzlich nach Alters- und Nutzungskategorien zu untergliedern.

Neben der gesonderten Ausweisung der vom Beschauer als untauglich beurteilten Tiere trennt die Statistik die Angaben nach gewerblichen und Hausschlachtungen sowie nach Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

Die durchschnittlichen Schlachtgewichte werden ebenfalls nicht eigens erhoben, sondern aus Informationen entnommen, die im Rahmen schlachtungs- und vermarktungsrechtlicher Bestimmungen ohnehin anfallen.

Über 50 Jahre lang, von 1904 bis 1960, flossen nur die freiwillig bereitgestellten Gewichtsangaben öffentlicher Schlachthäuser in die Schlachtgewichtsstatistik ein. So wurden in Schleswig-Holstein bis 1950 noch die Nachweisungen der Schlachthöfe Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Schleswig und Itzehoe repräsentativ ausgewertet. Ab 1951 wurden nur noch die Schlachthöfe Kiel, Lübeck und Flensburg einbezogen, wobei die ermittelten Lebendgewichte über feste Schlachtausbeutesätze in Schlachtgewichte umgerechnet wurden. Erst das Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes von 1960 schuf für die Erfassung eine gesetzliche Basis. Jedoch bildeten die Meldungen der öffentlichen Schlachthäuser weiterhin die alleinige Datengrundlage.

Bereits seit Beginn der 70er Jahre fließen in Schleswig-Holstein, der immer stärkeren Tendenz zur Geschlachtungsvermarktung folgend, die Nachweisungen der wichtigsten Versandschlachtereien zur Ermittlung der Schlachtgewichte in die Statistik mit ein. Im übrigen Bundesgebiet setzte sich die Verwendung von Meldungen der Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken auf der Grundlage der 4. DVO zum Vieh- und Fleischgesetz erst seit Anfang der 80er Jahre durch. Hierfür melden die Lebendviehmärkte direkt, die Versandschlachtereien über die für die Preisberichterstattung zuständigen Meldebehörden an die Statistischen Landesämter. Die Angaben der Lebendviehmärkte über die Lebendgewichte werden über feste Ausbeutesätze in Schlachtgewichte umgerechnet.

Das eigentliche Ziel der Statistik ist die Ermittlung der Schlachtmenge, die die Versorgungssituation kennzeichnet. Dabei wird zwischen Haus- und gewerblichen Schlachtungen sowie Tieren inländischer und ausländischer Herkunft unterschieden. Seit 1984 werden zur Berechnung der Schlachtgewichte von lebend vermarktetem Tieren nur noch die Meldungen des Schlachthofes Kiel und des Viehgroßmarktes Hamburg hinzugezogen. Dies kennzeichnet eine Tendenz, die bereits seit Mitte der 60er Jahre deutlich wird: Der Anteil der Lebendviehvermarktung geht stark zurück. Etwas gebremst verlief diese Entwicklung lediglich in der Übergangsphase, in der wegen der zahlreichen Fehlerquellen der verschiedenen Klassifizierungsarten die Abrechnungsart „Lebendgewicht pauschal“ von den Landwirten zeitweise bevorzugt wurde.

Um die Schlachtmenge ausländischer Herkunft für Schleswig-Holstein ermitteln zu können, werden Angaben der BALM, auf Bundesebene auch der Außenhandelsstatistik, herangezogen. Die BALM erfaßt monatlich Zahl und Gewicht der Lebendvieheinfuhren, anhand derer das durchschnittliche Lebendgewicht und, mit Hilfe feststehender Ausbeutesätze, das Gesamtschlachtgewicht berechnet wird.

Schlachtungen in Schleswig-Holstein seit der Jahrhundertwende

Das Statistische Jahrbuch für den preußischen Staat weist von 1904 bis 1945 die Zahl der Schlachttiere, an denen eine Beschau vorgenommen wurde, aus. Für den gesamten preußischen Staat, jedoch nicht für Schleswig-Holstein, wird auch die Zahl der Schlachtungen ohne Beschau getrennt ausgewiesen. Parallel dazu wird auch im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches die Zahl der beschauten Schlachttiere aufgeführt.

Trotz der demnach seit 1904 kontinuierlich erscheinenden Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik ist eine vergleichende Interpretation der Daten für die ersten vier Jahrzehnte problematisch. So waren in den Ergebnissen bis 1929 auch die Schlachtungen von Auslandstieren in den Seegrenzschlachthöfen enthalten, die bis 1930 in Schleswig-Holstein nicht beschaupflichtigen Hausschlachtungen dagegen fehlten. Bis 1929 wurden Ochsen und Bullen bis zu zwei Jahren und Färsen bis zum ersten Kalb zusammen als Jungrinder nachgewiesen. Ab 1930 werden die Färsen getrennt von „Ochsen insgesamt“ und „Bullen insgesamt“ verzeichnet.

Hinzu kommt, daß sich die preußische Provinz Schleswig-Holstein in dem betrachteten Zeitraum zweimal in ihren Außengrenzen verändert hat. Dies betrifft zum einen die Grenzverschiebung im Norden nach der Volksabstimmung von 1920 infolge der Versailler Verträge, zum anderen das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937. Weiterhin muß für die Jahre beider Weltkriege den besonderen politischen und wirtschaftlichen Umständen zusätzlich Rechnung getragen werden. An dieser Stelle soll daher auf eine Darstellung und Interpretation der Daten aus den Jahren 1904 bis 1945 weitgehend verzichtet werden. Lediglich zum Einstieg in die Betrachtung der Schlachtungszahlen nach dem Zweiten Weltkrieg werden für die einzelnen Tierarten auch einige ältere Daten angeführt.

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß Hausschlachtungen erst ab April 1947 wieder gesondert ausgewiesen werden. Der übergebietliche Versand von Lebendvieh, Fleisch- und Fleischwaren wird in der gesamten Betrachtung nicht berücksichtigt. Infolgedessen lassen die angegebenen Zahlen keinen Schluß über die im Lande auf den Markt kommende Fleischmenge bzw. die Landeserzeugung an Fleisch zu.

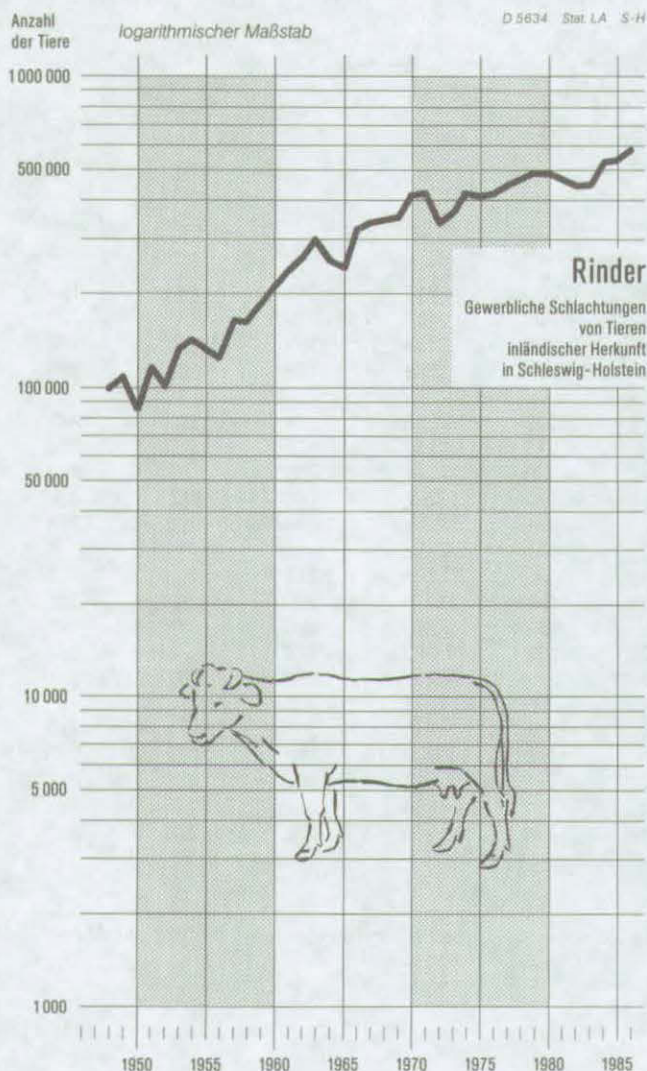
Rinder

Trotz zwischenzeitlich kurzfristiger Rückgänge ist eine tendenziell stetig steigende Entwicklung der Zahl der Rinderschlachtungen deutlich erkennbar. Die Bedeutung des Rindes als neben dem Schwein dominierender Fleischlieferant wird immer deutlicher.

<i>Jahr</i>	<i>Geschlachtete Rinder* in 1 000</i>
1938	133
1939	119
1947	188
1948	105
1949	113
1950	89

*) Gewerbliche und Hausschlachtungen

In den Jahren 1946/47 war die Anzahl der Schlachtungen im Vergleich zu 1938/39 auffällig hoch. Dies dürfte mit dem starken Bevölkerungsanstieg im Rahmen der Flüchtlingsströme nach Schleswig-Holstein sowie den hohen Lieferungen des Landes an andere Bundesländer zusammenhängen. Beides führte zu einer Ausdünnung des Bestandes mit einer sich anschließenden



Aufbauphase, verbunden mit einem entsprechend geringen Anteil an Schlachttieren. Demzufolge sanken die Schlachtungen nach 1948 unter das Vorkriegsniveau.

Der Anteil der (beschauten) Hausschlachtungen bewegte sich in den Jahren 1949 bis 1952 zwischen 3,4 und 4,4 v.H. und ist damit, wie auch in der Folgezeit, von geringer Bedeutung.

Die Schwankungen der Schlachtzahlen und -mengen der 50er Jahre sind durch verschiedene äußere Anstöße bewirkt worden. So ist z. B. die Steigerung der Gesamtzahl der Rinderschlachtmengen 1953/54 zum einen auf die 1953 aufgenommenen Tbc-Tilgungsmaßnahmen sowie die Folgen eines landesweiten Ausbruches der Maul- und Klauenseuche zurückzuführen. Zum anderen war die Futterversorgung, bedingt durch ungünstige Witterungsverhältnisse, phasenweise mangelhaft. Der Anstieg der Ochsen- und Bullenschlacht-

mengen 1960 geht zum Teil auf das Konto einer generellen Bestandsvermehrung, ist jedoch auch darauf zurückzuführen, daß ein wesentlich größerer Teil der Auftriebe zum Schlachten im Lande verblieb. Insbesondere die Einfuhr- und Vorratsstelle ließ vermehrt in Schleswig-Holstein schlachten.

Die laufende Zunahme der Schlachtungen von Rindern in den 60er Jahren ist zum einen wohl durch eine generelle Leistungssteigerung der tierischen Produktion begründet. Zum anderen beginnt sich der Geschlachtetversand mehr und mehr zur hauptsächlichen Vermarktungsform zu entwickeln und durchbricht auch traditionell bestehende Versandströme der Lebendvermarktung.

Der Einbruch der Rindfleischerzeugung 1964/65 zeigt deutlich einen Preis-Mengen-Zyklus. 1963/64 hatten die guten Rindfleischpreise zu einer starken Zunahme der Schlachtungen geführt. Die darauf folgenden verringerten Schlachtzahlen erklären sich daher aus den entsprechend verkleinerten Rindviehbeständen.

Die erste Abschlachtaktion bei Milchkühen ist 1970 klar erkennbar. Die Zahl der geschlachteten Kühe stieg gegenüber dem Vorjahr um 27 %. Sie wird in ihrer Wirkung auch 1971 noch deutlich, zog dann aber 1972 einen starken Rückgang der Rinder- und Kälberschlachtungen nach sich, während gleichzeitig die Rinderbestände wieder aufgestockt wurden.

Der Einfluß der EG-Agrarpolitik auf die Bewegungen der Schlachtungsstatistik bei Rindern setzt sich auch in den folgenden Jahren fort. Die EG-Strukturmaßnahmen zur Nichtvermarktung von Milch führten ab 1977 zu einer Auflösung von Milchviehbeständen und einer verstärkten Aufstockung in den verbleibenden Betrieben. 1982/83 nahmen die Schlachtungen von Kühen ab, die der Färsen jedoch zu. Möglicherweise ist das eine Auswirkung der Veränderung der Handelsklassen-Verordnung für Rindfleisch, nach der sehr junge Kühe bei der Schlachtung noch als Färsen deklariert werden können. Zudem führte eine beispiellose Aufstockungsphase bei Rindvieh in der gesamten Bundesrepublik sogar zu Unterauslastungen der Schlachthauskapazitäten, die durch andere Großvieharten aufgefangen werden mußten.

Als Folge der Milchmengengarantieregulierung von 1984 stieg die Zahl der Färsen- und Kuhschlachtungen an. Die beschriebene Aufstockung der Milchviehbestände bis März 1984 zog jedoch 1985/86 eine Steigerung der Schlachtung von männlichen Rindern nach sich, da die angefallenen Kälber jetzt schlachtreif wurden.

Rinder inländischer Herkunft

Jahr	Anzahl der gewerblichen Schlachtungen in 1 000 Tieren					Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg				
	Rinder zusammen	davon				Rinder zusammen	davon			
		Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen ¹		Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen ¹
1950	85	7	11	45	22	226	246	211	243	193
1952	100	8	13	55	24	235	251	210	251	208
1954	140	14	23	67	37	229	263	193	252	199
1956	125	9	27	56	33	225	252	179	260	199
1958	162	13	45	72	32	223	255	174	253	213
1960	210	24	76	66	44	217	256	178	255	206
1962	255	29	94	78	53	235	271	200	261	239
1964	258	32	92	76	58	232	267	195	265	230
1966	324	38	125	102	60	236	271	204	262	235
1968	348	38	125	115	71	240	265	212	263	238
1970	412	33	150	149	80	241	272	217	264	231
1972	336	28	129	113	66	257	289	239	274	247
1974	421	30	168	150	72	270	293	273	271	256
1976	416	36	169	141	70	272	291	284	267	241
1978	462	34	191	174	63	284	314	301	271	249
1980	486	30	205	185	66	285	323	305	269	248
1982	442	31	189	160	62	283	324	302	266	245
1984	529	29	210	188	103	281	339	307	264	243
1986	573	33	246	182	112	292	332	320	270	257

1) Bis 1978 gelten als Färsen weibliche Rinder bis zum ersten Kalb

Ab 1979 gilt: Färsen sind weibliche Rinder über 220 kg Lebendgewicht oder 150 kg Schlachtgewicht, die noch nicht gekalbt haben

Kälber

Auch die Schlachtzahlen für Kälber sollen anknüpfend an den Vorkriegsbestand betrachtet werden:

Jahr	Geschlachtete Kälber* in 1 000
1938	148
1939	141
1947	107
1948	117
1949	173
1950	170

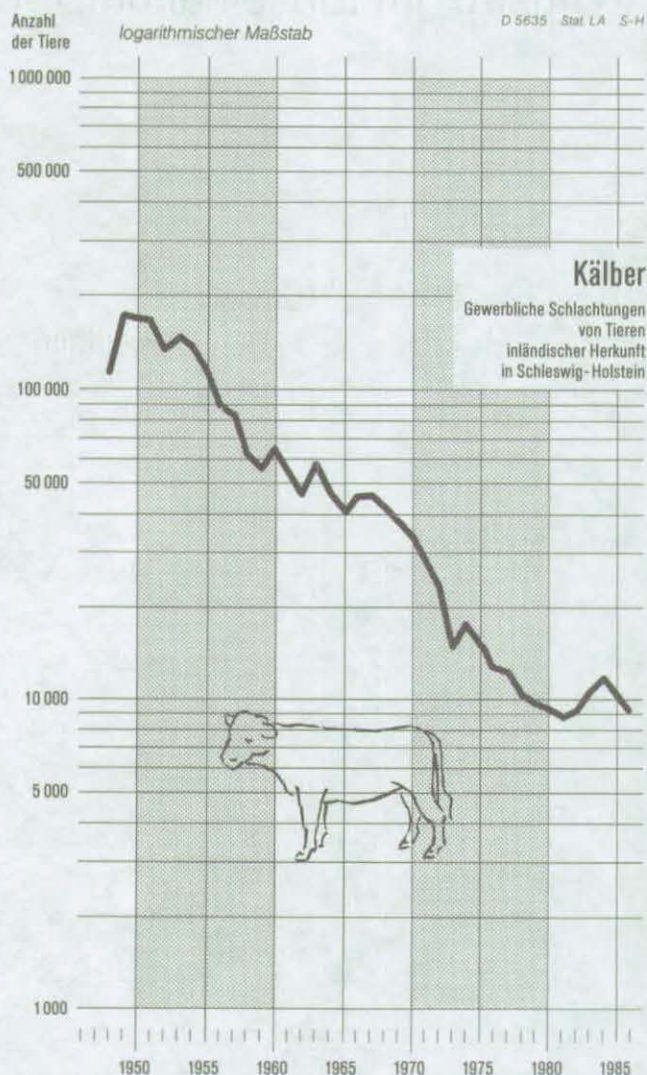
*) Gewerbliche und Hausschlachtungen

chen Anstieg der Schlachtzahlen 1949 kann nur spekuliert werden. Möglicherweise sind sie, im Zusammenhang mit einem vermehrten Auftrieb an Kälbern, auch in der gesamtwirtschaftlichen Lage (Währungsreform) zu sehen. In den Jahren 1951 und 1954 erkrankten viele Tiere an der Maul- und Klauenseuche, die Schlachtzahlen waren entsprechend hoch.

Der nach 1954 einsetzende Rückgang der Kälberschlachtungen ging einher mit einer deutlichen Tendenz zur Steigerung des Schlachtgewichtes. Die Preise für Kalbfleisch stiegen, und somit wurden weniger Kälber kurz nach der Geburt nüchtern, d. h. nicht gemästet, vermarktet. Zusätzlich wurde die Jungrindermast ausgeweitet, eine Entwicklung, die sich auch Ende der 60er Jahre erkennbar in rückläufigen Kälberschlachtungen niederschlug.

Die Kälberschlachtungen zeigen eine im Vergleich zu den Rindern umgekehrte Entwicklung, ihre Bedeutung nimmt stetig ab. Die geringe Anzahl an Kälberschlachtungen 1947 zeigt den beginnenden Wiederaufbau der Rinderbestände an. Über die Gründe für den plötzli-

Anfang der 70er Jahre wirkten sich die Abschlachtaktionen bei Milchkühen auf den Kälberanfall aus. Zum Ende der 70er Jahre hatte sich das Aufkommen an Schlachtkälbern auf ein vergleichsweise niedriges Maß, bei jedoch immer noch steigenden Durchschnitts-



gewichten, eingependelt. Das Bekanntwerden der Östrogen-Verwendung bei Mastkälbern führte 1980/81 zwar zu Absatzproblemen, diese waren aber offensichtlich bereits 1983 weitgehend überwunden.

Schweine

Bei den Schweinen ist ein sprunghafter Anstieg in ihrer Bedeutung als Fleischlieferanten zu verzeichnen.

Jahr	Geschlachtete Schweine* in 1 000
1939	439
1947	18
1948	16
1949	136
1950	324

*) Gewerbliche Schlachtungen

Kälber inländischer Herkunft

Jahr ¹	Anzahl der Schlachtungen in 1 000 Tieren	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg
1950	168	26
1952	134	32
1954	134	35
1956	88	40
1958	63	49
1960	64	52
1962	46	51
1964	47	55
1966	45	58
1968	42	58
1970	34	61
1972	24	78
1974	18	96
1976	13	95
1978	10	100
1980	9	101
1982	9	102
1984	12	108
1986	9	117

- 1) Bis 1973: Kälber gelten als solche bis zu einem Alter von drei Monaten
 1974-1978: Kälber gelten als solche bis zu einem Alter von sechs Monaten
 Ab 1979: Kälber sind Tiere bis zu 220 kg Lebendgewicht oder 150 kg Schlachtgewicht, die noch keine zweiten Zähne haben

Schon 1950 übertraf die Bedeutung des Schweinefleisches für die Versorgung der Bevölkerung die Gesamtheit aller anderen Fleischarten. Die Tiere wurden weniger lange gemästet, da sich bereits damals eine Abnahme der Nachfrage nach fetten Speckschweinen abzeichnete. Hinzu kamen eine Verknappung von Futtermitteln und eine Preissteigerung, die zu einer starken Ausdehnung der Schweinehaltung führte.

Zu Anfang der 60er Jahre trat die Versandschlachtung vermehrt in den Vordergrund. Diese Form der Vermarktung ist bei Schweinen noch weitaus bedeutender als bei Rindern, eine Tendenz, die sich in der Folgezeit rasch fortsetzte. Der zunehmende Ausbau der Schlachtstätten am Ort der Erzeugung ließ die Zahl der Schlachtungen im Lande weiter steigen.

Parallel zu der steigenden Anzahl der geschlachteten Tiere ist eine deutliche Senkung des Schlachtgewichtes erkennbar, Fett ist bei den Verbrauchern unerwünscht. So erklärt sich z. B. eine plötzliche Abnahme der Gesamtschlachtmenge 1971 aus einer drastischen Senkung des Schlachtgewichtes.

Umsatz im Einzelhandel 1984 Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1985

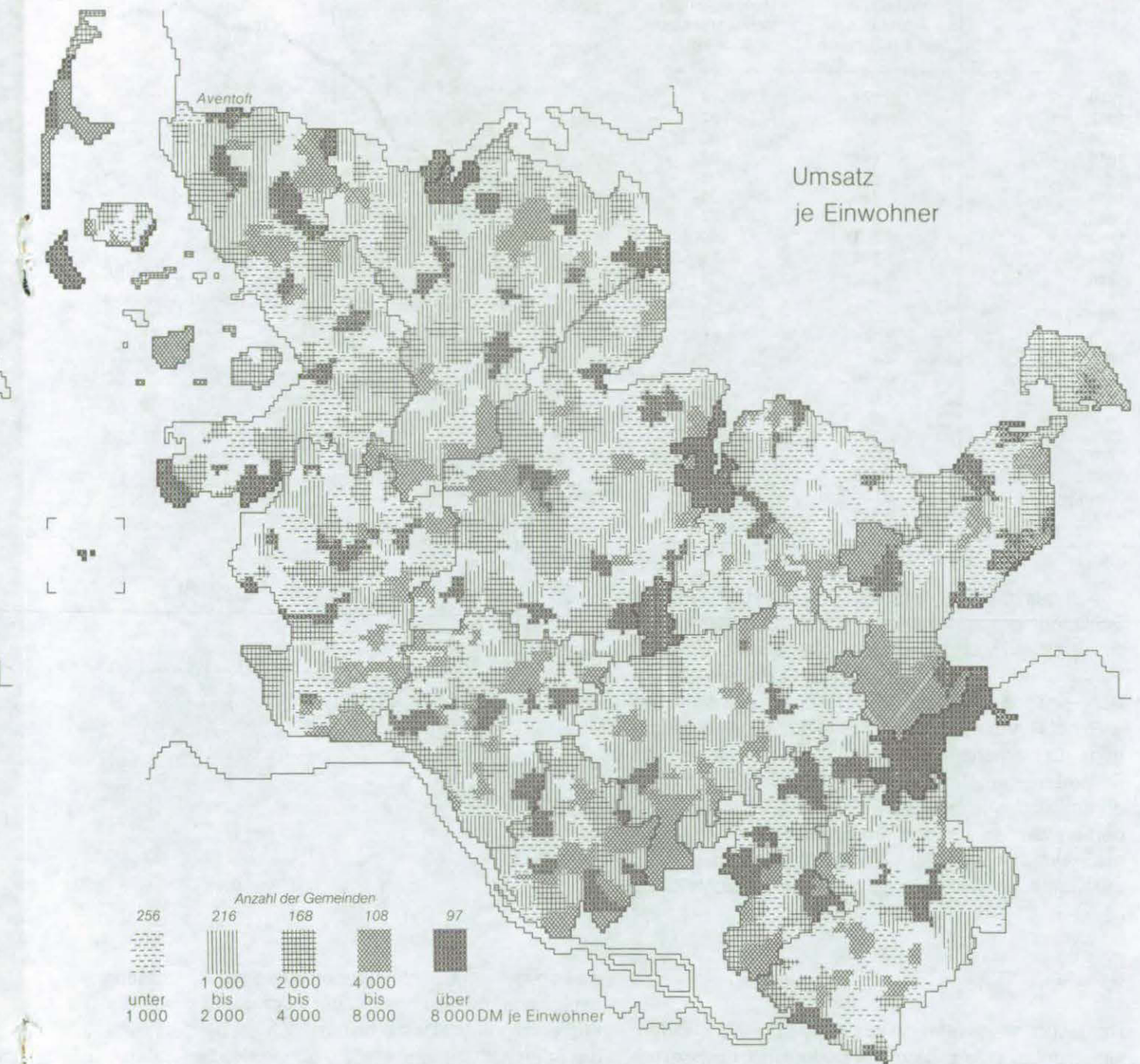
Gebietsstand: 25.9.1987

Umsatz
in den Gemeinden

Am Erhebungsstichtag, dem 29. März 1985, gab es in Schleswig-Holstein 16 400 Arbeitsstätten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Einzelhandel, und zwar 12 500 Einbetriebsunternehmen und 3 900 Verkaufsfilialen von Mehrbetriebsunternehmen des Handels und Gastgewerbes mit Sitz im Bundesgebiet. In diesen Zahlen sind die Verkaufsniederlassungen von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, z. B. des verarbeitenden Gewerbes, nicht enthalten. Die Arbeitsstätten setzten im Geschäftsjahr 1984 insgesamt 20,4 Mrd. (einschl. Umsatzsteuer) um.

Diese Karte gibt die räumliche Verteilung der Umsätze wieder, wobei die Gemeinden die regionale Bezugseinheit bilden. Die Umsätze in Gemeinden mit weniger als drei Arbeitsstätten unterliegen der Geheimhaltung und sind daher nicht dargestellt.

Die Umsätze in den Gemeinden hängen entscheidend von ihrer Einwohnerzahl ab. Sie konzentrieren sich daher folgerichtig auf die Städte des Landes. Die höchsten Einzelhandelsumsätze verzeichneten Kiel (2,5 Mrd. DM) und Lübeck (2,0 Mrd. DM). Die weiteren Plätze nahmen Flensburg, Bad Segeberg (Platz 20 bei der Einwohnerzahl!) und Neumünster ein.

Umsatz
je Einwohner

In dieser Karte wird der Umsatz je Einwohner dargestellt, wobei sich die Einwohnerzahl auf den 30.6.1984 bezieht. Die fünf Größenklassen sind in der Legende bezeichnet. Je höher der Pro-Kopf-Umsatz in einer Gemeinde ist, um so dunkler erscheint das betreffende Gebiet. In den weißen Gebieten gab es 1985 keine Einzelhandels-Arbeitsstätten und damit auch keinen Umsatz.

Hohe Pro-Kopf-Umsätze weisen die Städte auf, niedrige die meisten ländlich strukturierten Gemeinden. Die Bewohner ländlicher Gebiete decken einen Teil ihres Konsumgüterbedarfs in

den Städten. Dieser Kaufkraft-Transfer wird durch den Tourismus überlagert. Die teilweise hohen Umsätze je Einwohner an der Nord- und Ostsee sind ganz wesentlich auf den Fremdenverkehr zurückzuführen. Auffällig sind die hohen Pro-Kopf-Umsätze im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Hierzu tragen entscheidend die Bewohner Süd-Dänemarks bei.

Im Landesdurchschnitt lag der Pro-Kopf-Umsatz bei 7 800 DM. Den mit 96 000 DM höchsten Wert hatte die Gemeinde Aventoft im Kreis Nordfriesland. Zum Vergleich: In der Landeshauptstadt Kiel belief sich der Umsatz je Einwohner auf rund 10 000 DM.

Schweine inländischer Herkunft

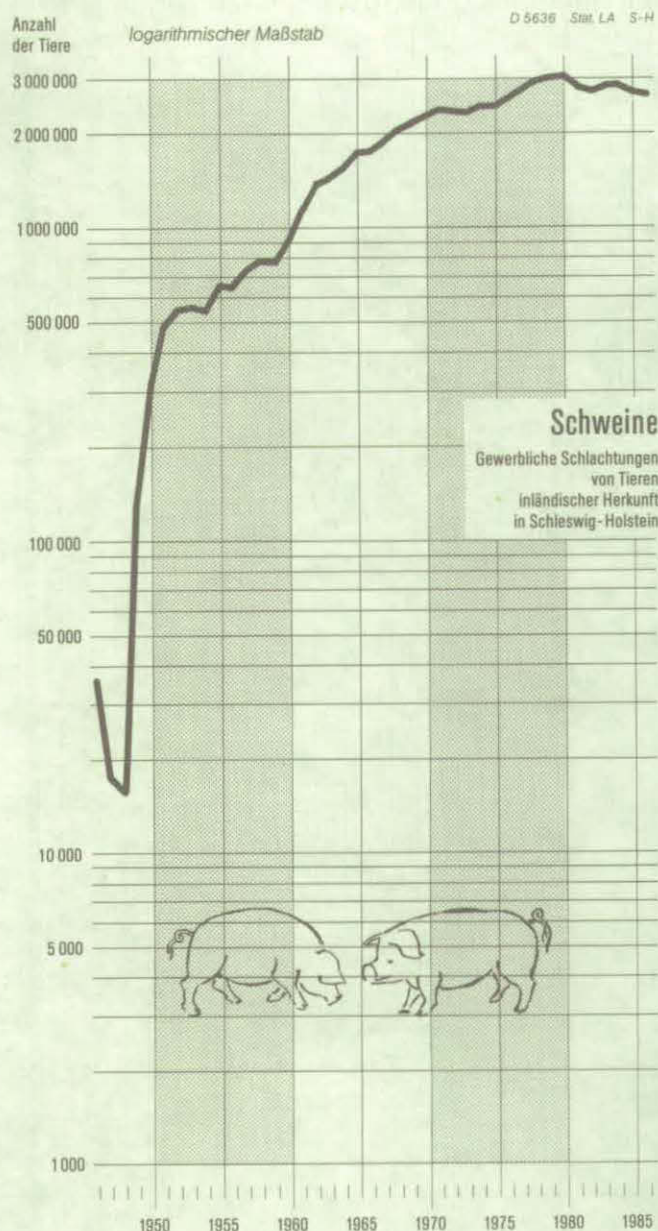
Jahr	Anzahl der Schlachtungen in 1 000 Tieren	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg
1950	324	98
1952	549	97
1954	555	95
1956	651	93
1958	790	89
1960	929	87
1962	1 391	88
1964	1 536	88
1966	1 758	88
1968	2 055	89
1970	2 294	91
1972	2 361	83
1974	2 480	85
1976	2 613	84
1978	2 956	82
1980	3 057	80
1982	2 788	81
1984	2 833	81
1986	2 691	82

Seit Beginn der 80er Jahre ist ein steter Rückgang der Schlachtungen zu verzeichnen. Ständig steigende Bestandszahlen im Bundesgebiet, aber auch z. B. in den Niederlanden, hatten zu einem Zusammenbruch der Schweinepreise geführt. Dieser wurde auch nicht, wie z. B. bei Rindfleisch, durch EG-Maßnahmen abgefangen. Entsprechend rückläufig sind seitdem die Schlachtzahlen. So mußten 1982/83 auch Tiere aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein transportiert werden, um dort die durch die Aufstockungsmaßnahmen bei Rindern zusätzlich entstandene Minderauslastung der Schlachtkapazitäten auszugleichen.

Schafe

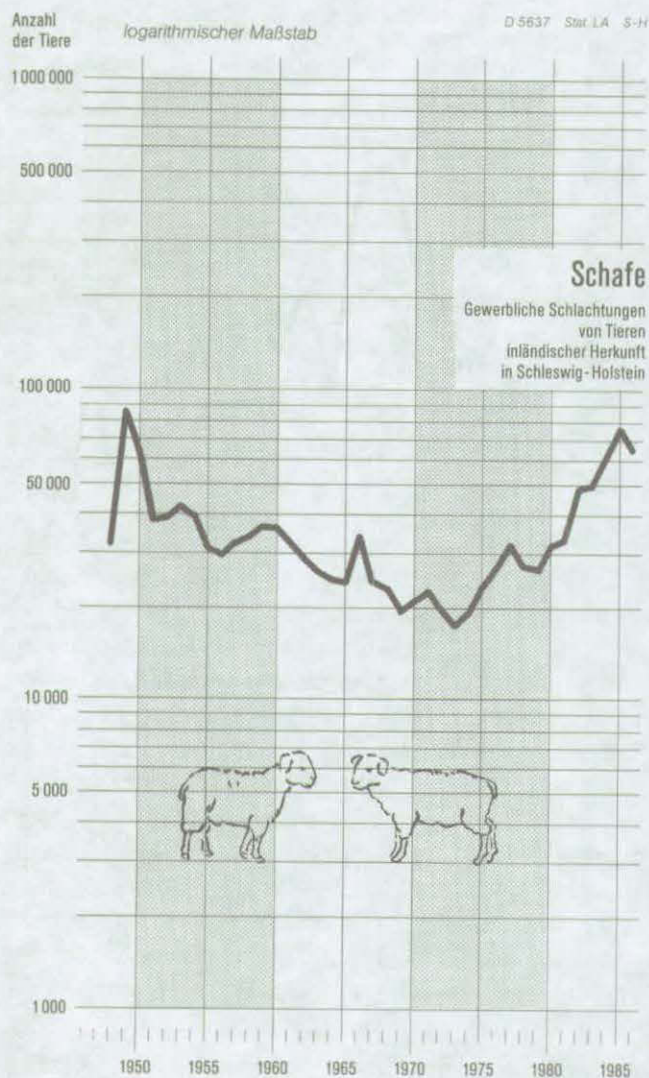
Das Schaf hatte während des Krieges als Wolllieferant eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Insofern trat es als Fleischlieferant in der Schlachtungsstatistik nur in vergleichsweise geringem Umfang auf. Hinzu kommt, daß gerade bei Schafen die traditionellen Handelswege des Lebendviehversandes besonders stark ausgeprägt waren. Sehr viele Tiere wurden außer nach Hamburg vor allem nach Berlin und ins Ruhrgebiet transportiert und dort geschlachtet. Außerdem wird vermutet, daß der Anteil der Schwarzschlachtungen relativ hoch gewesen ist.

Nach Kriegsende wurde die Schafhaltung insbesondere von vielen Kleinhaltern stark eingeschränkt. Das



Aufkommen an Schlachttieren stieg infolgedessen, sank dann aber zu Beginn der 50er Jahre durch die nun verminderten Bestände drastisch ab. Seitdem zeigt die Schafhaltung eine ständig abnehmende Tendenz, die jedoch in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet am geringsten ausfällt. Zahlreiche Gutsschäfereien und die Gemeinde-Schäfereien im ostholsteinischen Hügelland und auf der Geest sind aufgelöst worden, durch die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft hat die Rindviehhaltung das Schaf verdrängt.

Der Tiefstand in der Zahl der Schlachtungen Anfang der 70er Jahre ist auf die sinkende Rentabilität der Schafhaltung zurückzuführen. Diese war nur noch auf intensiv bewirtschafteten Flächen gegeben, Schafe



Schafe inländischer Herkunft

Jahr	Anzahl der gewerblichen Schlachtungen in 1 000 Tieren	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg
1950	64	26
1952	38	26
1954	39	25
1956	29	25
1958	34	25
1960	36	25
1962	28	26
1964	25	24
1966	34	25
1968	23	25
1970	21	24
1972	20	25
1974	19	26
1976	27	26
1978	27	27
1980	31	26
1982	49	24
1984	60	21
1986	61	20

Schlachtungen in Hamburg

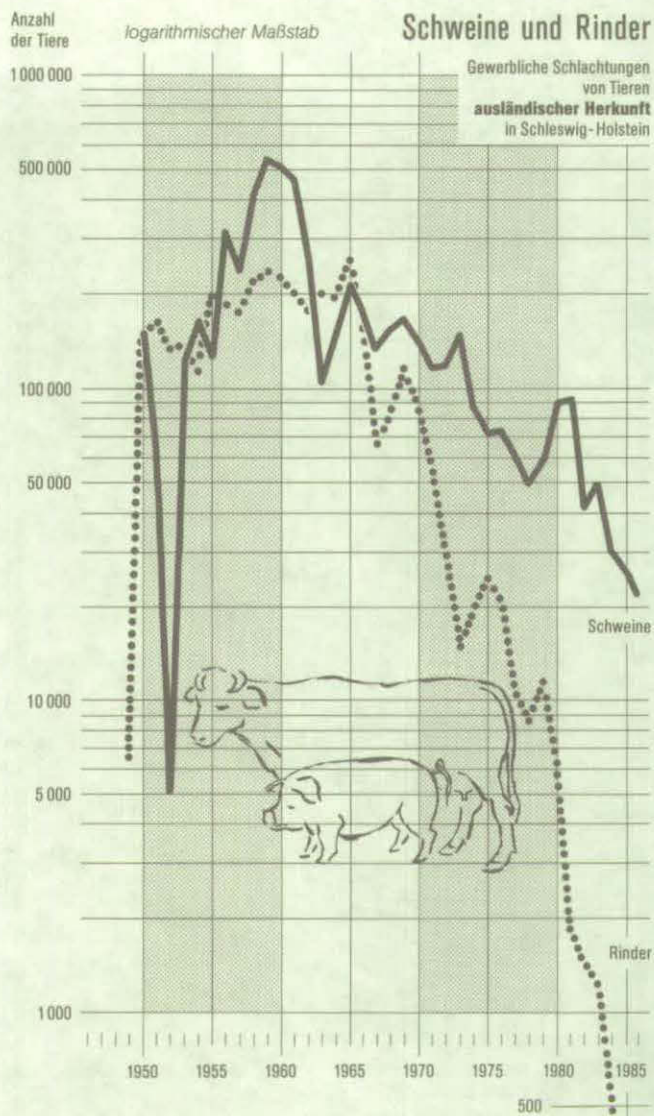
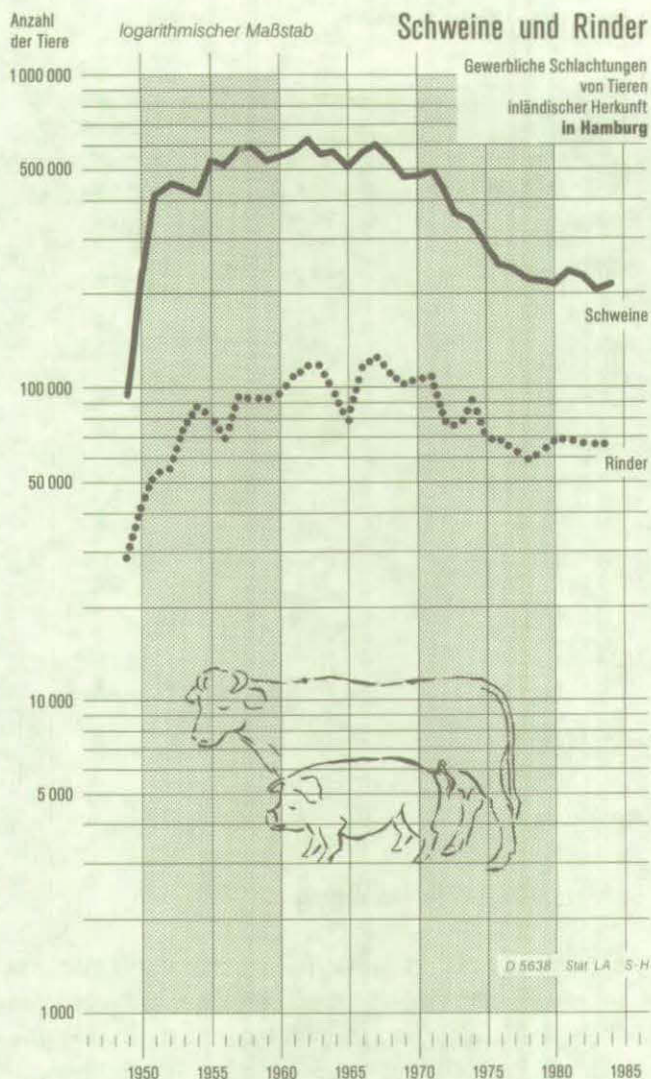
Der Schlachthof und der Schlachtviehmarkt Hamburgs haben zeitweilig einen so großen Teil der Schlachttiere Schleswig-Holsteins aufgenommen, daß sie in eine umfassende Betrachtung der Schlachtungen Schleswig-Holsteins einbezogen werden müssen. Im Verlauf der letzten 40 Jahre hat sich ihre Bedeutung grundlegend gewandelt.

Greift man einmal die Zahl der geschlachteten Schweine und Rinder heraus, so verläuft ihre Entwicklung in Hamburg und Schleswig-Holstein bis Anfang bzw. Mitte der 60er Jahre deutlich parallel. Da auch bereits zu dieser Zeit der größte Teil der in Hamburg geschlachteten Tiere aus Schleswig-Holstein kam, gefolgt von Nordniedersachsen, zeigt sich, welche große Rolle die Hansestadt als aufnehmende Stelle für Schlachtvieh aus Schleswig-Holstein gespielt hat. Mit dem Einsetzen der gesteigerten Bedeutung der Geschlachtungsvermarktung zu Beginn der 60er Jahre jedoch läßt sich ein deutlicher Bruch in der Entwicklung der Schlachtungszahlen in Hamburg markieren:

In Schleswig-Holstein stieg in den folgenden Jahren die Zahl der Schweine- und Rinderschlachtungen nach wie vor an. Obwohl jedoch der Anteil der aus Schleswig-Holstein dem Hamburger Viehmarkt zugeführten Tiere noch immer ca. 50 % aller dort angelieferten Tiere be-

werden hauptsächlich in Weidemastgebieten und im Rahmen der Deichschäfferei gehalten.

Die von der EG 1980 verfügte Mutterschaftprämien-gewährung zog in den folgenden Jahren eine erhebliche Aufstockung vorhandener und den Aufbau zahlreicher neuer Bestände nach sich. Infolgedessen stieg ab 1982 die Zahl der Schlachtungen stark an, auch bedingt durch die Erweiterung der Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein. Um diese ausnutzen zu können, wurden 1983 zusätzlich 18 000 Schafe importiert und gewerblich geschlachtet. Auch dies war eine Folge der beschriebenen Verstärkung der Rinderbestände bei gleichzeitig drastisch zurückgehenden Schlachtzahlen. Der starke Rückgang der Schlachtungen 1986 ist hauptsächlich in den Monaten Juni bis November konzentriert, bedingt durch Absatzschwierigkeiten nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl und einen offenbar periodisch auftretenden Aufstockungsprozeß.



D 5639 Stat. LA S-H

trug, nahm die Gesamtzahl der geschlachteten Tiere insbesondere bei Schweinen, aber auch bei Rindern, rapide ab.

Somit kann seit Mitte der 60er Jahre die Betrachtung des Hamburger Marktes als Ergänzung zu den Schlachtungen in Schleswig-Holstein mehr und mehr vernachlässigt werden.

Tiere ausländischer Herkunft

Im Dezember 1949 nahmen die Seegrenzschlachthöfe Kiel, Lübeck und Flensburg mit der Schlachtung von 6 600 Rindern aus Dänemark ihre Tätigkeit wieder auf. Die Einfuhr von Schweinen setzte 1950 wieder ein. In diesem Jahr erreichten alle Tierarten insgesamt wieder nahezu 90 % der Schlachtungen von 1939.

Die Rinder stammten alle aus Dänemark, die Schweine aus Polen. Nicht enthalten auch in den Zahlen der folgenden Jahre ist der Transitverkehr durch Schleswig-Holstein, auf den z. B. 1951 16 000 Rinder aus Dänemark und Irland entfielen.

Der seit 1951/52 insbesondere bei Schweinen erkennbare Rückgang der Schlachtungen infolge von Einfuhrbeschränkungen entspricht etwa den erhöhten Inlandschlachtungen. 1957 betrug der Anteil der Kühe an den gesamten Schlachtungen von Rindern ausländischer Herkunft 84 %, bei Inlandschlachtungen jedoch nur noch 40 %. Das durchschnittliche Schlachtgewicht bei Bullen war um 77 % höher als das der Inlandtiere. 63 % aller im Bundesgebiet geschlachteten Auslandsrinder kamen aus den Seegrenzschlachthöfen, über die

auch 91 % aller ins Bundesgebiet eingeführten und geschlachteten Schweine importiert wurden. Hauptimportland für Rinder war nach wie vor Dänemark, bei den Schweinen waren es Polen und Schweden.

Nach dem Importhöchststand bei Schweinen zum Ende der 50er Jahre und bei Rindern Mitte der 60er Jahre ist ein steter Abwärtstrend in der Bedeutung der Schlachtungen von Auslandtieren zu erkennen. Hauptlieferant aller Tierarten wurde Dänemark. Die dänischen Schweine zeichnen sich durch ein sehr hohes Durchschnittsgewicht aus (1964 160 kg), das auch in den folgenden Jahren auf den hohen Anteil an Specksauen zurückzuführen ist. 1975 wurden erstmals knapp

2 000 Schafe aus Dänemark importiert. Ab 1980 kann der Anteil der Importe an Schlachtrindern aus dem Ausland als unbedeutend betrachtet werden. 1982 gingen die Schweineimporte aus Dänemark aufgrund der dort aufgetretenen Maul- und Klauenseuche gegenüber 1981 um knapp 50 % zurück. Auch in den darauffolgenden Jahren ist das Aufkommen von Schlachtschweinen ausländischer Herkunft von untergeordneter Bedeutung.

1983 und 1984 wurden in großer Anzahl Schlachtpferde eingeführt, und zwar aus Dänemark und Polen, 1984 auch aus der CSSR.

Birgit Römer

Sozialhilfe 1986

Ausgaben und Einnahmen

In Schleswig-Holstein wurden 1986 für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz 1,14 Milliarden DM aufgewendet. Das sind 13,2 % mehr als 1985, wo die Milliarde erstmals erreicht worden war. Diese Steigerungsrate ist höher als viele Jahre zuvor. 51 % der Mehrausgaben 1986 von 133 Mill. DM sind für die Hilfe zum Lebensunterhalt entstanden, obwohl die Ausgaben dieser Gruppe 1985 nur 39 % der Gesamtausgaben ausgemacht hatten. Diese Aufwendungen wuchsen also stärker, nämlich um 17,3 %, als die für Hilfen in besonderen Lebenslagen, die um 10,6 % stiegen. Die Verlagerung beleuchtet den überproportionalen Zuwachs bei dem, was in der allgemeinen Vorstellung Sozialhilfe überhaupt ausmacht, nämlich bei der Unterstützung solcher Familien und Einzelpersonen, die nicht genug zum Lebensunterhalt verdienen. Dieser Personenkreis wächst seit einigen Jahren weit stärker als zuvor durch diejenigen an, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder gar nicht erst einen finden können.

Da in diesen Fällen meist ein Arbeitslosengeld oder eine Arbeitslosenhilfe gezahlt wird, entsteht für die Sozialhilfe jedoch manchmal nur ein Grenzbedarf, der nur zu einmaligen Hilfen zum Lebensunterhalt führt. Falls schon eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen wurde, löst die Notlage nach einiger Zeit daneben vermehrt einmalige Hilfen zusätzlich aus, dann nämlich, wenn die Vorräte eines Haushalts an längerlebigen Gütern (Schuhe, Wintermantel, Bettzeug) zur Neige gehen, weil sie aus dem Richtsatz der laufenden Hilfe nicht ersetzt werden können. Die Zahlen der

Statistik weisen jedenfalls hier die stärksten Anstiege von 1985 auf 1986 auf, nämlich + 23 % für einmalige Leistungen als einzige und + 28 % für einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen zum Lebensunterhalt. Die Höhe dieser Zuwachsraten im Vergleich zu dem Zuwachs von 20 % für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen insgesamt stützt die Vermutung, daß hier Normalhaushalte ohne Vermögensreserve infolge der Arbeitsmarktmisere un-

Bruttoausgaben für Sozialhilfe 1986

Hilfeart	Ausgaben in Mill. DM	Veränd. in Mill. DM	geg. 1985 in %	Anteil in %
Hilfe zum Lebensunterhalt	459,4	+ 67,8	+ 17,3	40,4
außerhalb von Einricht.	414,1	+ 68,6	+ 19,9	36,4
laufende Leistung	360,9	+ 57,2	+ 18,9	31,7
einmalige Leistung	53,2	+ 11,3	+ 27,1	4,7
ohne lfd. Leistung	12,2	+ 2,3	+ 23,0	1,1
mit lfd. Leistung	41,0	+ 9,1	+ 28,4	3,6
in Einrichtungen	45,4	— 0,8	— 1,8	4,0
Hilfe in bes. Lebenslagen	678,3	+ 64,9	+ 10,6	59,6
Krankheit, Schwangersch. ¹	43,3	— 0,7	— 1,7	3,8
Eingliederungshilfe ²	184,0	+ 29,5	+ 19,1	16,2
Hilfe zur Pflege	438,4	+ 34,5	+ 8,6	38,5
bes. soz. Schwierigkeiten	7,5	+ 0,8	+ 11,2	0,7
übrige ³	5,1	+ 0,8	+ 17,3	0,4
Sozialhilfe insgesamt	1 137,7	+ 132,6	+ 13,2	100

1) vorbeugende Gesundheitshilfe, Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Tbk-Hilfe

2) für Behinderte

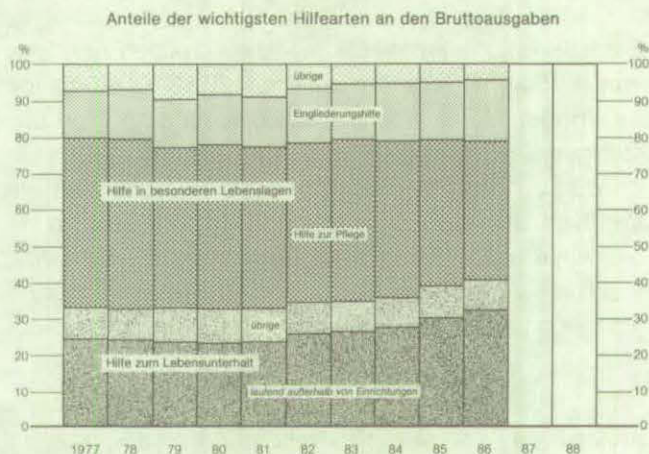
3) Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, Blindenhilfe (ohne Landesblindengeld), Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Hilfen in anderen besonderen Lebenslagen

terstützungsbedürftig geworden sind. Gezielter wird dies weiter unten anhand der Empfängerstatistik nachzuweisen sein, die unter anderem das Merkmal „Hauptursache der Hilfgewährung“ aufweist.

Zu den Ausgabenanstiegen sei angemerkt, daß die Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt jährlich erhöht werden, so von 1985 auf 1986 um 2,2 %.

Die oben erwähnte allgemeine Vorstellung des Hauptanwendungsfalles von Sozialhilfe muß immer wieder durch den Hinweis korrigiert werden, daß nur zwei Fünftel aller Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt, drei Fünftel jedoch für Hilfen in besonderen Lebenslagen geleistet werden, und daß mit 38,5 % sämtlicher Ausgaben die Hilfe zur Pflege den größten Einzelposten bildet.

D 5624 d Stat. LA 5-H



Dies ist so, obwohl einem Teil dieser pflegebedürftigen Menschen, nämlich denen, die noch in eigener Wohnung selbständig leben, außerdem Hilfe zum Lebensunterhalt gezahlt wird, soweit die Bedarfsrechnung diesen Anspruch ergibt. Die den Empfängern von Hilfe zur Pflege zufließenden Sozialhilfeleistungen sind also größer als an den Ausgaben für diese Leistungsart allein ablesbar ist.

Solche Überschneidungen gelten auch für die meisten anderen Hilfen in besonderen Lebenslagen. Die Ausgaben für diese Leistungsarten können nicht mit dem Betrag gleichgesetzt werden, der den Empfängern der betreffenden Leistung zufließt. Vielmehr beziehen manche von ihnen daneben eine Hilfe zum Lebensunterhalt oder auch eine oder mehrere weitere Hilfen in besonderen Lebenslagen. Andererseits treten, z. B. bei Kranken und Behinderten, die deshalb Hilfe zur Pflege

erhalten, die Aufwendungen, die ihrem Wesen nach laufende Hilfe zum Lebensunterhalt sind (für Wohnen, Essen, Trinken), dann nicht als Ausgabe der Hilfe zum Lebensunterhalt in Erscheinung, wenn diese zumeist auch alten Menschen in einem Heim leben. Der dann als Hilfe zur Pflege gezahlte Pflegesatz schließt ja diesen allgemeinen Unterhaltsbedarf mit ein. Die in der Tabelle aufgeführten Aufwendungen beziehen sich also strikt auf die Leistungsart nach dem Bundessozialhilfegesetz und nicht auf die Empfänger der jeweiligen Leistungsart.

Die letzte Spalte der Tabelle enthält den Anteil jeder Leistungsart an den Gesamtausgaben für Sozialhilfe. Als Hauptgewichte treten klar hervor die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen als laufende Leistung (31,7 %), die Hilfe zur Pflege (38,5 %) und die Eingliederungshilfe für Behinderte (16,2 %). Diese drei Leistungsarten bewirken zusammen 86,4 % aller Ausgaben.

Die anfangs erwähnte Schwerpunktverlagerung zur Hilfe zum Lebensunterhalt hin ist seit 1982, also seit fünf Jahren, zu beobachten. Während der Anteil der Hilfe zum Lebensunterhalt davor um 33 % nur wenig schwankte, stieg er dann auf 34,2 %, 34,6 %, 35,6 %, 39,0 % und 40,4 % im Berichtsjahr an.

Wenn die Ausgaben für Sozialhilfe, insbesondere für Hilfe zum Lebensunterhalt, anzeigen, daß sich die Gruppe der Empfänger wandelt, dann sollte das auch bei den Einnahmen der Sozialhilfeträger sichtbar werden. Die Statistik unterscheidet folgende fünf Arten von Einnahmen:

- Aufwendungsersatz und Kostenbeitrag, die aus dem Einkommen oder Vermögen des Hilfeempfängers (Ehegatten, Eltern) kommen
- Leistungen anderer Sozialleistungsträger, gegen die der Hilfeempfänger einen Anspruch hat
- Leistungen von Unterhaltspflichtigen und sonstigen, gegen die der Hilfeempfänger einen Anspruch hat
- Kostenersatz durch den Hilfeempfänger (Erbten) bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Herbeiführen der die Hilfe auslösenden Voraussetzungen
- Tilgung und Zinsen von Darlehen.

Nachstehend werden die Einnahmen für 1985 und 1986 untersucht. Diese beiden Jahre weisen die bisher größten Anstiege der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt auf, nämlich um 18,7 % und 17,3 %, zeigen aber zugleich auffallend unterschiedliche Entwicklungen bei den Einnahmearten. Beides erhärtet, daß sich die Verhältnisse tiefgreifend veränderten. Für die Bezeichnung

Die Struktur der Einnahmen der Sozialleistungsträger

Einnahmeart	1984 Mill. DM	Ver- änd. in %	1985 Mill. DM	Zu- nahme in %	1986 Mill. DM
Kostenbeitrag	105,8	- 6,2	99,2	9,5	108,6
Andere Sozialleistungen	69,9	41,6	99,1	18,2	117,1
Unterhaltsleistungen	48,2	- 38,2	29,8	6,7	31,8
Kostenersatz	5,1	- 10,0	4,6	9,5	5,0
Tilgung, Zinsen	1,7	108,3	3,5	10,4	3,9
Insgesamt	230,8	2,3	236,2	12,8	266,4
Zum Vergleich: Bruttoausgaben für					
Hilfe z. Lebensunterhalt	330,1	18,7	391,7	17,3	459,4
H. in bes. Lebenslagen	597,8	2,6	613,4	10,6	678,3
Insgesamt	927,9	8,3	1 005,1	13,2	1 137,7

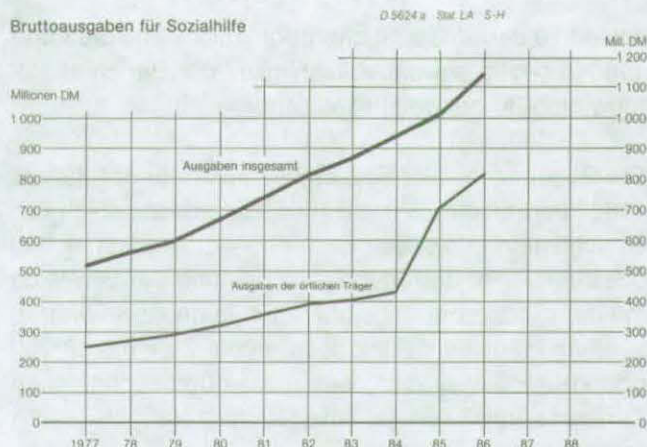
der Einnahmearten werden nachstehend Kurzformen verwendet.

Während die Veränderungsraten von 1985 auf 1986 zwischen den fünf Einnahmearten zwar divergieren, aber in einer Richtung liegen, bietet sich von 1984 auf 1985 ein stark zerrissenes Bild. Die angesichts der Steigerung der Einnahmen insgesamt um nur 2,3 % scheinbar ruhige Entwicklung entpuppt sich bei näherem Hinsehen als trügerischer Mittelwert. Auch ohne die beiden letzten Einnahmearten mit ihrem absolut nur unbedeutenden Beitrag wird klar, daß zwei Quellen, nämlich die im persönlichen Umfeld des Hilfeempfängers (Zeile 1 und 3), spärlicher wurden, eine Quelle dagegen ergiebiger (Zeile 2). Bei ihr handelt es sich eigentlich um eine Vielzahl von Quellen, denen gemeinsam ist, daß sie Behörden, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, die Mittel aus öffentlichen Haushalten und aus gesetzlichen Beiträgen Versicherter unter sozialen Aspekten umverteilen.

Faßt man den Zwei-Jahres-Zeitraum ins Auge, so offenbaren die Absolut-Zahlen, daß die Sozialämter, die sicherlich jede Einnahmemöglichkeit ausschöpfen, 1986 aus den beiden „privaten“ Quellen zusammen noch nicht wieder soviel schöpfen konnten wie 1984 und daß sie aus den „öffentlichen“ Quellen das 1,7fache auf sich leiten konnten. Diese knappen Hinweise mögen beleuchten, welchem Funktionswandel ein wichtiger Teil der Sozialhilfe derzeit unterliegt.

Abschließend soll noch kurz die Trägerschaft der Sozialhilfeleistungen besprochen werden. Das Bundessozialhilfegesetz unterscheidet örtliche und überörtliche Träger und weist den letzteren bestimmte Leistungen zu, z. B. die heimgelagerte Eingliederungshilfe für Behinderte und die Heimunterbringung von Geisteskranken. In Schleswig-Holstein sind die Sozialämter der Kreise und kreisfreien Städte örtliche und das Amt für

Bruttoausgaben für Sozialhilfe



Wohlfahrt und Sozialhilfe überörtlicher Träger. Nach den vorgegebenen Zuständigkeiten bestand viele Jahre lang bis 1984 ein Verhältnis 1 : 1 zwischen den Ausgaben der einen und des anderen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Trägerschaft der Sozialhilfe vom 29. 11. 1984 machte das Land von seinem in § 100 Bundessozialhilfegesetz fixierten Recht Gebrauch, einen Teil der Aufgaben vom überörtlichen auf die örtlichen Träger zu verlagern. Seit 1985 sind nunmehr Kreise und kreisfreie Städte sachlich zuständig für die Heimbetreuung von Hilfeempfängern, die 60 und mehr Jahre alt sind. Mit dieser Zuständigkeit wurden auch die entsprechenden Kosten verlagert. Zum Ausgleich der Mehraufwendungen ist die kommunale Finanzausgleichsmasse aufgestockt worden. Die Ausgleichsleistungen fließen den Kreisen und kreisfreien Städten über die Schlüsselzuweisungen zu.

Das Bild macht deutlich, in welchem Maße sich die Kosten infolge dieser veränderten sachlichen Zuständigkeit verlagert haben. An den Leistungen für einen Hilfeempfänger hat sich hiermit nichts geändert. Auch die Betreuung der Personen liegt nicht erst seit 1985 bei den örtlichen Behörden; diese waren schon bisher mit der Durchführung der Aufgabe beauftragt gewesen. Ein wesentlicher Grund für die Änderung war die Absicht, die ins einzelne gehende Abrechnung zwischen Kreis und Land durch Pauschalierung zu ersetzen und dadurch Verwaltungskosten zu sparen.

Erste Ergebnisse über die Empfänger

Mit 135 000 Personen, die im Laufe des Jahres eine Sozialhilfeleistung laufender oder einmaliger Art, außerhalb oder in einer Einrichtung empfangen haben, wurde 1986 ein neuer Höchststand erreicht. Die Ergebnisse dieses Totalerhebungsjahres können im Unter-

schied zu denen der Stichprobenjahre 1981, 1983 und 1985 in bezug auf die Vollzähligkeit der Berichterstattung nicht angezweifelt werden.

Die Gesamtzahl aller Sozialhilfeempfänger des Jahres 1986 übertrifft die Zahl von 1985, die jedoch infolge von Berichtsmängeln sicher zu gering war, um fast 17 000 oder um 14 %. Zutreffender ist deshalb der Vergleich mit dem Totalerhebungsjahr 1984. In den zwei Jahren seitdem ist diese definitorisch größte Zahl um 18 700 oder 16 % gewachsen, was einer durchschnittlichen Zunahme um 7,7 % je Jahr gleichkommt.

97 000 Personen erhielten 1986 für einen, mehrere oder alle Monate laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. 72 000 solcher Personen wurden für den Stichtag des 31. 12. 1986 angegeben. Die Vergleichszahlen für 1984 lauten 80 000 und 63 000. Die Gesamtzahl der Empfänger der obengenannten Standardhilfe ist damit in zwei Jahren um 21 % (das entspricht zweimal + 10 %) gestiegen, die Zahl der Empfänger am Stichtag um 14,3 % (oder zweimal + 6,9 %). 27 400 Personen empfingen 1986 irgendeine Sozialhilfe in einer Einrichtung. 20 800 solcher Personen waren es am Jahresende. Die Vergleichszahlen für 1984 sind 25 800 und 18 000. Die im Laufe des Jahres unterstützten Personen in Einrichtungen wurden also in zwei Jahren um 6,4 % mehr (oder zweimal + 3,1 %). Die Zahl dieser Empfänger am Stichtag nahm um 15,7 % (oder zweimal + 7,6 %) zu.

Den bedeutendsten Hinweis auf die aktuelle Situation bei den wirtschaftlich schwächsten Mitbürgern bietet sicher die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Diese Zahl ist von 1984 auf 1986 in bezug auf die im Laufe eines Jahres Betroffenen um 21 %, in bezug auf die am Jahresende Vorhandenen um 14,3 % gestiegen. Dieser Unterschied bedeutet, daß der Zuwachs an kurzfristig zu Unterstützenden größer war als der an eher dauerhaft Bedürftigen.

Die Relation zwischen den im Jahresverlauf und den am Stichtag Unterstützten sagt etwas über die mittlere Bezugsdauer der Sozialhilfe aus. Bei monatsweiser Hilfefewährung kann diese Relation theoretisch zwischen 1 : 1 (alle im Jahresverlauf Unterstützten waren auch am 31. 12. dabei; Bezugsdauer je 12 Monate) und 12 : 1 liegen (im Jahresverlauf wurden zwölfmal so viele

unterstützt wie am Stichtag; Bezugsdauer je ein Monat). Für 1984 nun errechnet sich eine Relation von 1,28 : 1 und für 1986 von 1,35 : 1. Die erste Relation ergibt eine mittlere Bezugsdauer von 9,4 Monaten, die spätere eine Bezugsdauer von 8,9 Monaten. Dieser noch gering erscheinende Unterschied verdeckt, daß er mit dem Auftreten von per Saldo 17 000 zusätzlichen Bedürftigen zusammenfällt. Unter der Annahme, daß die Verhältnisse der übrigen Menge von 80 000 Beziehern sich in diesem Punkt nicht geändert haben, wäre die obige Bezugsdauerverkürzung als gewogener Mittelwert nur zu erwarten, wenn man für die 17 000 weiteren Bezieher eine erheblich kleinere Bezugsdauer, etwa von 7 Monaten, annimmt. Da aber bei normaler Fluktuation auch ein Teil der früheren 80 000 Personen gewechselt hat, ist für die 1986 als Person neu unterstützten 30 000 bis 40 000 Hilfeempfänger eine mittlere Bezugsdauer von 7 bis 8 Monaten realistisch, also eine um zwei Monate kürzere als 1984.

In sozialpolitischer Bewertung muß es als günstig gelten, daß der bedauernswert große Anstieg von Sozialhilfebeziehern wenigstens mit einer Verkürzung der mittleren Bezugsdauer einhergeht. Im Anstieg zeigt sich vermutlich die Wirkung der hohen Arbeitslosigkeit. Sie kann auch direkt aus der Statistik bestätigt werden.

Bei 20 500 von 56 800 Haushalten (bisher war von Personen die Rede), die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhielten, war Arbeitslosigkeit die Hauptursache für die Hilfefewährung. Die 36,1 % des Anteils dieser Ursache 1986 übertreffen erheblich die Werte von 19,0 % für 1984 und 23,0 % für 1985. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Ursache bis 1985 „Verlust des Arbeitsplatzes“ hieß, und erst seit 1986 „Arbeitslosigkeit“. Dem Wortsinne nach sind damit jetzt auch die Hilfeempfänger hier zu zählen, die gar nicht in Erwerbstätigkeit gelangten. Wenn sich die methodische Differenz auf diesen Unterschied beschränkt, dürfte die Wertedifferenz zwischen 19 % und 36 % zur Hauptsache doch die reale Zunahme der Ursache Arbeitslosigkeit für den Bezug von Sozialhilfe in den zwei betrachteten Jahren wiedergeben.

Arnold Heinemann

Siehe auch „Sozialhilfeempfänger 1986“ in Heft 2/1987 dieser Zeitschrift.

Aus unserem Archiv

Gesamter Aufwand für die öffentliche Fürsorge (Sozialhilfe)

	Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936					Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937				
	1928	1930	Rechnungsjahr (1. 4. bis 31. 3.)			1938	1949	1955	(1.1. bis 31.12.)	
			1932	1934	1936				1961	1964
Bruttoaufwand ¹⁾ insgesamt										
in 1 000 RM/DM	33 380	45 041	69 706	47 003	31 359	20 005	DM → 79 625	73 406	88 530	108 028
in RM/DM je Einwohner	21,50	28,70	44,00	29,40	19,30	12,90	30,00	32,10	38,20	44,90

1) Bezirks- und Landesfürsorgeverbände / offene und geschlossene Fürsorge / laufende und einmalige Leistungen; 1955 und 1961 einschl. Unterstützungen an Sondergruppen (z.B. Tbc-Hilfe und soziale Fürsorge gemäß Bundesversorgungsgesetz); 1964 Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge

QUELLEN: 1928 bis 1938: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, 1932, 1934, 1936, 1938, 1941/42 1949 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Fürsorgeerziehung

a) 1901 bis 1912

Bis zum 1. 4. 1901 konnten aufgrund des preußischen Zwangserziehungsgesetzes vom 13. 3. 1878 (GS. S. 132) nur Minderjährige im Alter von 6 bis 11 Jahren in Fürsorgeerziehung (Zwangserziehung) genommen werden, wenn sie eine strafbare Handlung begangen hatten (wegen der sie altershalber aber strafrechtlich nicht verfolgt werden konnten) und in Gefahr standen zu verwahrlosen. Die Zwangserziehung hörte mit dem vollendeten 16. Lebensjahr, 18. Lebensjahr ab 1884, auf. Das am 1. 4. 1901 in Kraft getretene Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. 7. 1900 (GS. S. 264), welches das Gesetz von 1878 außer Kraft

setzte, erweiterte den in Frage kommenden Personenkreis wesentlich, und zwar sowohl hinsichtlich des Alters (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ohne untere Altersgrenze) als auch hinsichtlich der Bedingungen, unter denen eine staatlich überwachte Erziehung eintreten konnte. Nach dem neuen Gesetz konnte ein Minderjähriger auch ohne Begehen einer strafbaren Handlung in Fürsorgeerziehung genommen werden, wenn die Gefahr der Verwahrlosung (mit oder ohne schuldhaftes Verhalten der Eltern) vorlag. Die Fürsorgeerziehung endete grundsätzlich mit dem Erreichen der Volljährigkeit.

Minderjährige in Zwangserziehung aufgrund des Gesetzes vom 13. 3. 1878, soweit sie nach Außerkrafttreten des Gesetzes noch in Fürsorgeerziehung waren

Rechnungsjahr (1. 4. bis 31. 3.)	Bestand am Ende des Rechnungsjahres			Untergebracht am Ende des Rechnungsjahres in		
	männlich	weiblich	insgesamt	Erziehungsheimen	Lehr- oder Arbeitsverhältnis	Familienpflege
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920						
1900	449	131	580	·	·	·
1901	444	129	573	67	221	285
1902	440	129	569	73	276	220
1903	436	128	564	58	355	151
1904	360	111	471	61	328	82
1905	302	104	406	51	322	33
1906	233	83	316	46	260	10
1907	194	62	256	39	213	4
1908	126	45	171	28	143	-
1909	69	27	96	16	80	-
1910	30	21	51	11	40	-
1911	16	6	22	3	19	-
1912	3	1	4	-	4	-

Minderjährige in Fürsorgeerziehung aufgrund des Gesetzes vom 2. 7. 1900
(Wirkungsdatum 1. 4. 1901)

Rechnungsjahr (1.4. bis 31.3.)	Minderjährige in Fürsorgeerziehung (am Ende des Rechnungsjahres)			Untergebrachte Minderjährige (am Ende des Rechnungsjahres)				Kosten (im Rech- nungsjahr) 3) in 1 000 Mark	Im Rechnungsjahr überwiesene Minderjährige		
	männlich	weiblich	insgesamt	Zusammen	darunter in				ins- gesamt	darunter	
					Erziehungs- heimen 1)	Lehr- oder Arbeits- verhältnis 2)	Familien- pflege 2)			unter 14 Jahre alt	aus Städten über 20 000 Einw. 4)
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920											
1901	159	102	261	204	67	9 (-)	126 (-)	.	261	183	144
1902	326	167	493	430	166	27 (-)	234 (1)	.	234	139	141
1903	481	241	722	645	240	85 (-)	316 (3)	153	231	135	118
1904	623	316	939	851	281	175 (-)	382 (3)	171	240	141	124
1905	765	395	1 160	1 068	383	266 (1)	401 (7)	208	271	145	147
1906	876	483	1 359	1 276	470	379 (-)	415 (13)	227	259	127	159
1907	983	510	1 493	1 372	445	482 (6)	431 (14)	238	249	135	146
1908	1 048	556	1 604	1 461	457	559 (1)	426 (20)	254	253	102	165
1909	1 065	576	1 641	1 505	447	602 (2)	424 (23)	264	214	107	136
1910	1 096	580	1 676	1 504	458	608 (1)	400 (17)	290	260	115	171
1911	1 099	615	1 714	1 544	465	622 (3)	400 (13)	303	291	132	175
1912	1 070	656	1 726	1 554	476 ^a	682 ^b (2)	351 ^c (8)	327	275 ^d	114	177

1) ohne in Irren-, Blinden- oder Taubstummenanstalten und Krankenhäusern (1912 = 44 Minderjährige); die Erziehungsheimen gehörten fast ausschließlich den Kirchen oder Privatpersonen

2) in Klammern = darunter in der eigenen Familie

3) nur Kosten für den Unterhalt der Zöglinge in Anstalten und Familien. Davon trug der Staat zwei Drittel, die Kommunalverbände den Rest

4) letzter Wohnort a) darunter 254 weiblich b) darunter 244 weiblich c) darunter 94 weiblich d) darunter 134 weiblich

QUELLE: Königl. Preuß. Ministerium des Innern, Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger ..., Rechnungsjahre 1901 bis 1912

Schluß: Fürsorgeerziehung

b) 1925 bis 1965

Gesetzliche Grundlagen: Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. 7. 1922 (RGBl. I 633)
und Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. 8. 1961 (BGBl. I 1193)

Rechnungs- jahr (1. 4. bis 31. 3.), ab 1961 Kalenderjahr	Minderjährige in Fürsorgeerziehung (am Ende des Rechnungsjahres)			Untergebrachte Minderjährige (am Ende des Rechnungsjahres)				Kosten für die Fürsorgeerziehung (im Rechnungsjahr)			Im Rechnungsjahr endgültig überwiesene Minderjährige	
				zusammen	darunter in			Gesamt- ausgaben)	Einnahmen (Erstat- tungen usw.)	Reine Kosten)	insgesamt	darunter unter 14 Jahre alt
	Erziehungs- heimen 1)	Lehr-, Anlern- oder Arbeits- verhältnis	Familien- pflege 2)									
					1 000 RM							
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936												
1925	1 520	1 151	2 671	.	1 501	1 157 (38)	.	.	.	441	.	
1926	1 542	1 099	2 641	.	1 533	1 089 (32)	.	.	.	379	163	
1927	1 466	1 054	2 520	.	1 383	1 117 (41)	.	.	.	349	124	
1928	1 288	962	2 250	.	1 218	1 019 (41)	.	.	.	287	75	
1929	1 114	869	1 983	.	997	976 (24)	.	.	.	232	.	
1930	1 018	812	1 830	.	942	870	1 261	84	1 177	.	.	
1931 4)	927	748	1 675	.	693	790	1 086	91	995	185	44	
1932 4)	636	462	1 098	1 082	552	355	740	70	670	153	40	
1933	591	438	1 029	999	476	315	554	48	505	220	34	
1934 5)	611	480	1 091	1 069	493	333	563	23	540	275	133	
1935 5)	763	598	1 361	1 304	643	369	739	33	707	362	197	
1936	900	684	1 584	1 532	745	453	884	40	843	448	221	
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937												
1937	907	789	1 696	1 594	725	464	371 (99)	881	103	777	477	258
1938	1 000	847	1 847	1 788	749	497	517 (136)	991	132	859	495	264
1939	993	867	1 860	1 817	680	490	616 (205)	866	136	730	438	216
1940	1 094	916	2 010	1 951	783	511	620 (219)	1 288	395	833	468	241
1941	1 173	1 044	2 217	2 141	851	.	647 (254)	.	.	.	521	234
1 000 DM												
1950	1 419	893	2 312	.	.	.	554 (384)	1 740	243	1 497	400	186
1951	1 442	871	2 313	2 253	1 040	576	651 (399)	1 968	294	1 675	.	.
1952	1 432	830	2 262	2 222	965	531	621 (380)	2 089	347	1 742	.	.
1953	1 386	816	2 202	2 170	945	544	560 (361)	2 131	399	1 732	.	.
1954	1 334	807	2 141	2 104	870	585	557 (361)	2 144	518	1 626	.	.
1955	1 257	738	1 995	1 962	809	549	465 (330)	2 163	450	1 712	.	.
1956	1 240	697	1 937	1 903	808	586	484 (361)	1 956	497	1 458	.	.
1957	1 148	667	1 815	1 773	728	509	476 (389)	2 105	455	1 650	376	99
1958	1 061	556	1 617	1 608	619	449	439 (383)	2 333	386	1 947	335	82
1959 6)	968	501	1 469	1 458	602	369	373 (332)	(1 152)	(269)	(883)	(234)	(69)
1960 6)	866	484	1 350	1 335	558	350	365 (336)	2 832	412	2 420	335	118
1961	863	455	1 318	1 304	581	311	404 (385)	2 884	376	2 508	381	134
1962	855	497	1 352	1 338	592	275	444 (430)	3 205	381	2 823	345	115
1963	887	531	1 418	1 411	606	302	469 (469)	3 709	400	3 309	315	.
1964	942	526	1 468	1 421	538	134	472 (472)	3 832	495	3 337	279	.
1965	955	525	1 480	1 424	565	112						

außerdem: Freiwillige Erziehungshilfe

Rechnungs- jahr	Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe (Ende des Rechnungsjahres)			Untergebrachte Minderjährige (Ende des Rechnungsjahres)			Kosten für die freiwillige Erziehungshilfe (im Rechnungsjahr)			Im Rechnungsjahr in freiwill. Erziehungshilfe überwiesene Minderjährige		
				darunter in			Gesamt- ausgaben	Einnahmen	Reine Kosten	insgesamt	darunter unter 14 Jahre alt	
	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	zusammen	Erziehungs- heimen 1)	Lehr-, Anlern- oder Arbeits- verhältnis						Familien- pflege 2)
								1 000 DM				
1958	102	38	140	140	133	5	2 (-)	190	31	160	191	98
1959	158	59	217	217	211	2	4 (-)	421	90	330	236	139
1960 ⁶⁾	180	82	262	262	253	3	4 (4)	(377)	(90)	(288)	(221)	(106)
1961	167	65	232	195	184	5	5 (4)	618	123	495	251	137
1962	229	111	340	298	276	5	7 (6)	763	147	616	324	161
1963	265	155	420	389	320	9	34 (33)	1 155	185	969	371	233
1964	314	182	496	454	336	10	77 (74)	1 450	234	1 217	289	187
1965	352	192	544	526	412	14	100 (100)	2 133	312	1 821	307	162

- 1) 1925 bis 1941 ohne Heil- und Pflegeanstalten, Krankenhäuser und sonstige Anstalten; einschl. Beobachtungs- und Psycho-päthienheime
- 2) Zahlen in Klammern = darunter in der eigenen Familie
- 3) ohne die bis 1940 erfaßten und damals in den Gesamtzahlen enthaltenen Verwaltungskosten (1937 für Schleswig-Holstein: 79 624 RM persönliche und 8 081 RM sächliche Verwaltungskosten)
- 4) Rückgang z.T. durch Begrenzung des Staatszuschusses (Kürzung um ein Viertel) und Herabsetzung der Altersgrenze für die Beendigung der Fürsorgeerziehung auf das vollendete 19. Lebensjahr begründet
- 5) Durch eine Sonderermittlung wurde die Zahl der erkrankten Zöglinge erfaßt, um Vorstellungen über die Auswirkung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. 7. 1933 in der Fürsorgeerziehung zu gewinnen. Am 31. 3. 1936 gab es in Schleswig-Holstein 131 erkrankte Fürsorgezöglinge, darunter 47, bei denen die Unfruchtbarmachung vom Gericht beschlossen war
- 6) 1. 4. bis 31. 12. (Rumpfrechnungsjahr wegen Umstellung auf Kalenderjahr)

QUELLEN: 1925 bis 1928: Preuß. Statist. Landesamt, Statistik der Fürsorgeerziehung Minderjähriger 1926 bis 1928
1929 bis 1931: Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 1931 bis 1933
1931/32 auch: Preuß. Statist. Landesamt, Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 1934
1932 bis 1941: Statist. Reichsamt, V. hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1935 bis 1943
1950 ff.: Landesjugendamt Schleswig-Holstein

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 11 . November 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

der Statistik

		1985	1986	1986			1987				
				Monats- durchschnitt	Jul.	Aug.	Sept.	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 613	2 613	2 614	2 614
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 303	1 367	2 143	1 436
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	6,0	6,2	9,7	6,7
*Lebendgeborene	Anzahl	1 925	2 058	2 231	2 135	2 113
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,5	10,1	9,6	9,8
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 611	2 582	2 482	2 275	2 489
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	11,9	11,2	10,3	11,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	16	16	18
* je 1 000 Lebendgeborene		8,3	7,8	7,2	7,5	8,5
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 686	- 524	- 251	- 140	- 376
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,1	- 2,4	- 1,1	- 0,6	- 1,8
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 461	5 195	6 220	6 661	5 874
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 746	4 795	5 814	5 456	5 766
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 715	+ 400	+ 406	+ 1 205	+ 1 08
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 057	9 548	10 427	11 240	10 468
Wanderungsfälle	Anzahl	20 265	19 536	22 461	23 357	22 108
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	118	114	108	105	101	105	105	102	99	99
darunter *Männer	1 000	69	65	59	57	56	59	59	56	55	55
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	11,8	10,6	2,8	3,3	7,0	4,7	2,7	2,9	5,4	5,4
darunter Männer	1 000	10,3	9,4	2,4	2,9	5,8	3,9	2,2	2,3	3,9	3,9
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,9	4,3	4,6	4,7	4,6	6,4	5,9	5,6	5,3	5,3
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 592 ^a	1 540 ^a	.	.	.	1 547
darunter *Milchkühe			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	526 ^a	514 ^a	.	.	.	465
*Schweine	1 000	1 743 ^a	1 718 ^a	.	1 768	.	.	.	1 748	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	193 ^a	191 ^a	.	190	.	.	.	181	.	.
darunter *trächtig	1 000	129 ^a	129 ^a	.	131	.	.	.	122	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	48	41	43	71	37	40	44	61	61
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	232	227	218	212	236	218	210	220	217	217
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	2	2	2	2	2	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,8	32,6	29,6	30,1	41,2	28,7	29,1	31,3	36,8	36,8
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	14,0	11,9	12,7	21,8	10,6	11,5	12,9	18,6	18,6
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,7	18,4	17,5	17,1	19,1	17,8	17,2	18,0	17,8	17,8
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	292	292	296	307	291	288	294	305	305
Kälber	kg	115	117	114	115	116	125	122	121	122	122
Schweine	kg	82	82	81	81	82	82	83	82	83	83
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	151	122
*für Legehennenküken			
für Masthühnerküken	1 000	2	1
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	274	120
*MILCHERZEUGUNG											
1 000 t		217	218	231	205	188	226	203	177	168	168
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	95	98	96	93	98	98	95	92	92
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,8	14,3	12,7	12,0	14,7	12,7	11,1	10,9	10,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
			Monats- durchschnitt	Jul.	Aug.	Sept.	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	167	168	169	169	164	164	165	166
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	114	116	116	116	112	112	113	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 970	15 705	14 636	15 316	16 573	15 257	14 501	15 605	16 497
*Lohnsumme	Mill. DM	319,1	328,7	347,7	330,1	324,7	338,7	352,2	330,7	324,0
*Gehaltssumme	Mill. DM	216,4	229,1	226,8	219,7	217,3	252,6	232,4	227,2	228,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 733	1 698	1 419	1 702	1 712	1 591	1 489	2 104	1 768
aus dem Inland	Mill. DM	1 155	1 123	1 005	1 237	1 171	1 077	1 046	1 613	1 234
aus dem Ausland	Mill. DM	578	575	414	465	541	514	443	491	435
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 046	3 054	2 925	2 798	3 436	3 067	2 744	2 822	3 290
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 390	2 399	2 282	2 222	2 563	2 317	2 197	2 206	2 549
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	656	644	577	874	750	547	614	741
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	17	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,6	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdöl-gas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	72	51
*leichtes Heizöl	1 000 t	8	10
*schweres Heizöl	1 000 t	63	42
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	240	242	228	233	247	238	239	252	261
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	26	24	25	20	26	25	30	29
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	104,7	104,5	87,8	101,6	106,2	108,5
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 345	39 903	41 545	42 056	41 973	39 610	39 852	40 414	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 231	4 271	5 142	5 156	5 510	4 833	4 970	5 010	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 606	1 587	1 810	1 883	2 003	1 681	1 575	1 669	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	946	941	1 134	1 063	1 062	1 108	1 196	1 133	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 581	1 629	2 039	2 054	2 254	1 930	2 069	2 080	...
*Lohnsumme	Mill. DM	66,2	87,1	105,9	98,8	102,9	99,2	104,7	98,8	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,3	17,8	18,1	17,4	17,4	18,9	16,7	17,5	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	319,2	370,0	419,7	397,0	794,5 ⁸⁾	360,6	399,6	398,7	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	196,4	210,9	218,2	216,6	264,4	241,9	205,9	235,6	...
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 486	7 068	7 085	7 222	7 367	7 005	7 116	7 274	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	880	842	850	852	949	829	840	868	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,5	17,9	19,4	18,0	18,7	19,9	20,1	18,9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,1	52,6	52,7	50,2	61,3	53,8	57,6	54,4	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 732	1 875	1 517	1 469	1 839	1 078
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	891	909	749	783	876	804
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,7	97,6	.	.	101,0	97,8
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	130,9	136,8	.	.	144,7	140,3

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe
a) durch Großauftrag beeinflusst

3. Vj. 86 2. Vj. 87

3. Vj. 87

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987				
				Monats- durchschnitt	Jul.	Aug.	Sept.	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	459	486	627	503	688	628	537	503	477	
darunter mit											
*1 Wohnung	Anzahl	384	425	543	457	624	578	490	465	419	
*2 Wohnungen	Anzahl	51	47	72	33	49	37	26	25	41	
*Rauminhalt	1 000 m³	346	345	422	320	494	428	443	358	361	
*Wohnfläche	1 000 m²	63	62	75	58	90	76	73	65	64	
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	114	97	119	89	131	142	121	143	127	
*Rauminhalt	1 000 m³	424	400	455	316	554	537	382	587	562	
*Nutzfläche	1 000 m²	72	64	75	56	76	87	78	102	92	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	786	727	818	601	1 044	815	771	718	769	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	836,1	797,9	700,1	764,0	790,1	841,9	754,9	677,7	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,8	130,7	128,2	128,3	122,6	127,1	90,0	102,2	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	706,3	667,2	571,8	635,6	667,5	714,8	665,0	575,5	...	
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	17,3	14,8	12,3	11,6	12,6	17,7	11,4	10,8	...	
*Halbwaren	Mill. DM	69,0	47,5	37,5	39,3	45,0	57,3	47,1	46,3	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	620,0	604,9	522,0	584,7	609,9	639,8	606,5	518,3	...	
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,9	87,3	76,0	81,8	86,7	107,4	80,2	84,3	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	525,2	517,6	446,0	502,9	523,2	532,4	526,2	434,1	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	386,5	398,0	353,0	383,7	386,0	431,0	380,0	339,7	...	
darunter Niederlande	Mill. DM	87,5	78,5	63,6	86,0	68,5	83,6	70,8	74,4	...	
Dänemark	Mill. DM	78,2	73,1	62,2	66,3	75,1	77,8	57,8	77,0	...	
Frankreich	Mill. DM	68,9	72,0	59,2	64,5	67,8	80,7	93,5	51,2	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	60,8	66,0	61,1	61,0	59,3	73,8	53,6	52,5	...	
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	105,3	100,0	96,2	103,0	
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	145,3	153,6	112,8	127,4	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSGESTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GASTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
*Ankünfte	1 000	245	258	471	443	344	p 391	p 474	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	27	32	76	49	31	p 42	p 75	
*Übernachtungen	1 000	1 360	1 423	3 297	3 431	1 943	p 2 285	p 3 296	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	49	58	128	86	59	p 77	p 120	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT ¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 263	...	1 361	1 401	1 236	
Güterversand	1 000 t	739	...	622	746	725	
BINNENSCHIFFFAHRT											
*Güterempfang	1 000 t	128	135	122	105	137	104	89	133	124	
*Güterversand	1 000 t	142	159	196	188	162	149	156	176	189	
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE											
darunter Krafttrader	Anzahl	8 604	10 184	10 023	8 493	9 390	11 424	
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	261	216	253	107	89	281	
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 732	9 316	9 090	7 827	8 592	10 197	
*Lastkraftwagen	Anzahl	351	382	365	319	393	445	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl										
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 356	1 396	1 719	1 850	1 571	1 473	1 613	p 1 653	p 1 630	
*Getötete Personen	Anzahl	31	31	20	42	30	31	27	p 20	p 21	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 726	1 799	2 264	2 376	1 960	1 988	2 121	p 2 102	p 2 037	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987				
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	70 876	73 724	73 084	72 902	73 178	75 336	75 233	75 387	76 033	
darunter											
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	69 135	72 255	71 556	71 352	71 684	73 876	73 761	73 857	74 484	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 817	9 721	10 178	9 884	9 897	9 493	9 164	8 795	8 981	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 594	9 384	9 816	9 632	9 688	9 275	8 769	8 589	8 824	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	223	337	362	253	208	218	395	205	157	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 082	5 384	5 603	5 565	5 570	4 660	4 553	4 500	4 489	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 587	4 077	4 378	4 371	4 274	3 946	3 851	3 839	3 814	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 495	1 308	1 169	1 194	1 296	714	701	660	676	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	53 236	57 149	55 830	55 902	56 217	59 723	60 045	60 562	61 013	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	39 954	43 173	41 997	42 143	42 450	44 067	44 289	44 531	44 813	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 282	13 977	13 833	13 759	13 767	15 656	15 755	16 031	16 201	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	45 182	50 691	47 916	48 623	48 666	51 816	52 361	52 802	52 741	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	28 203	31 571	29 866	30 453	30 447	32 429	32 965	33 279	33 200	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 686	24 780	23 257	23 722	23 820	25 429	25 835	26 018	26 119	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 518	6 791	6 609	6 731	6 627	7 000	7 130	7 260	7 082	
*Spareinlagen	Mill. DM	16 978	19 120	18 050	18 175	18 218	19 387	19 396	19 523	19 540	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 894	13 759	13 153	13 225	13 247	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 039	1 088	1 138	895	842	2 704	
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	980	975	1 124	770	799	2 640	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	73	52	73	95	66	52	66	73	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	330	281	316	280	312	199	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	1,9	1,7	1,8	2,7	1,2	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt			3. Vj. 86	2. Vj. 87			3. Vj. 87	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 408,5	2 564,8	.	.	2 671,9	2 401,6	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 748,4	1 827,3	.	.	1 961,9	1 674,4	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 296,5	1 323,8	.	.	1 332,4	1 251,1	
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,6	249,6	.	.	348,2	203,7	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	26,8	29,8	.	.	33,7	44,9	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,5	224,2	.	.	247,5	174,7	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	660,1	737,4	.	.	710,0	727,2	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	366,4	438,7	.	.	430,0	407,6	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	293,7	298,8	.	.	280,0	319,6	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,1	.	.	104,5	123,3	
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	.	0,0	0,0	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,6	120,0	.	.	94,9	109,8	
*Landessteuern	Mill. DM	165,9	187,3	.	.	185,6	191,6	
*Vermögenssteuer	Mill. DM	26,3	25,8	.	.	26,2	29,7	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,1	90,5	.	.	93,6	98,1	
*Biersteuer	Mill. DM	6,4	7,1	.	.	8,7	6,6	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	274,9	278,3	.	.	327,6	268,3	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,6	.	.	8,0	7,6	
*Grundsteuer B	Mill. DM	63,7	67,5	.	.	82,0	64,1	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	194,0	193,5	.	.	226,2	187,9	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 247,5	1 330,4	.	.	1 341,5	1 249,7	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	667,9	700,1	.	.	760,2	640,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	432,4	479,3	.	.	461,6	472,7	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	.	15,2	13,7	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 438,8	1 518,6	.	.	1 631,3	1 360,6	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	824,7	865,8	.	.	921,3	792,8	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	431,8	448,5	.	.	509,3	362,5	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	.	15,2	13,7	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	487,6	510,3	.	.	518,6	488,7	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	161,2	159,7	.	.	195,8	160,5	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	245,5	265,9	.	.	221,5	247,8	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1985	1986	1986			1987			
	Monats- durchschnitt		Jul.	Aug.	Sept.	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGEBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	124,6	101,0	96,6	95,9	96,6	94,9	95,3	95,5	...
Ausfuhrpreise	119,4	116,6	116,6	116,2	116,1	115,5	115,7	115,8	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	122,1	104,7	101,7	100,8	101,4	99,7	100,4
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	121,8	118,2	117,7	117,5	117,5	115,3	115,6	115,8	115,6
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	103,1	97,2	99,0	98,1	98,8	93,9	p 92,0	p 92,9	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,5	116,2	.	116,7	.	.	.	119,1	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	115,2	108,4	107,2	106,5	105,9	104,3	103,6	p 103,5	...
Einzelhandelspreise	117,5	117,3	117,2	116,9	116,9	118,2	118,0	117,8	117,5
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	121,0	120,7	120,5	120,2	120,4	121,3	121,3	121,2	120,9
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,9	117,6	118,4	117,2	117,0	118,0	117,6	116,6	116,1
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	120,6	120,7	121,0	122,1	122,1	122,2	122,5
Wohnungsmieten	123,9	126,4	126,6	126,8	126,9	128,6	128,8	128,9	129,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	112,0	113,1	112,4	106,0	106,4	107,2	105,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	119,1	119,2	119,3	120,5	120,5	120,7	120,8
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	699	715	725	.	.	.	747	.	.
darunter *Facharbeiter	729	746	759	.	.	.	782	.	.
*weibliche Arbeiter	481	496	503	.	.	.	524	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	460	470	478	.	.	.	500	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,07	17,53	17,59	.	.	.	18,11	.	.
darunter *Facharbeiter	17,88	18,38	18,44	.	.	.	19,02	.	.
*weibliche Arbeiter	12,17	12,60	12,68	.	.	.	13,20	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	11,70	12,00	12,08	.	.	.	12,59	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,8	40,7	41,2	.	.	.	41,2	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,5	39,4	39,6	.	.	.	39,7	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 123	4 273	4 282	.	.	.	4 457	.	.
*weiblich	2 842	2 925	2 931	.	.	.	3 055	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	4 263	4 370	4 397	.	.	.	4 567	.	.
*weiblich	2 772	2 839	2 850	.	.	.	2 963	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 374	3 425	3 424	.	.	.	3 568	.	.
*weiblich	2 305	2 347	2 347	.	.	.	2 433	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 397	3 436	3 464	.	.	.	3 479	.	.
weiblich	2 161	2 192	2 237	.	.	.	2 264	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 610	3 699	3 700	.	.	.	3 853	.	.
weiblich	2 456	2 509	2 512	.	.	.	2 607	.	.
Technische Angestellte									
männlich	4 186	4 304	4 331	.	.	.	4 492	.	.
weiblich	2 725	2 789	2 803	.	.	.	2 905	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000	in 1 000							
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459	
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466	
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492	
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt ³⁾				
	Schüler im September ²⁾ in					von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000												
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	56 714	3,2	52 554	- 0,8	95
1983	179	74	80	2	11	38	33	18	59 405	4,7	53 395	1,6	95
1984	167	68	76	2	10	38	33	19	62 436	5,1	55 096	3,2	95
1985	158	62	73	2	10	37	32	21	63 954	2,4	55 412	0,6	94
1986	150	58	70	2	67 210	5,1	56 563	2,1	94

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 6)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
	in 1 000										
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^{a)}	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	(2 995) ^{a)}	575	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	612	2 909	2 612	5 020	2 437	152	769

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸⁾	
in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM	Mill. DM		1 000 t SKE ⁹⁾				Beschäft- igte am 30. 6. in 1 000			
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, 1982 und 1983 Ergebnisse der 0,4% EG-Arbeitskräfteerhebung

2) 1984: November

3) 1984 bis 1986 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergeordneten Versand, ohne übergeordneten Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 4. 1987			Bevölkerungsveränderung im April 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1987 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	85 344	- 0,0	- 1,5	- 11	- 18	- 29	52	-	63
KIEL	244 046	- 0,0	- 0,4	- 121	1	- 120	159	-	188
LOBECK	208 344	- 0,0	- 0,7	- 112	17	- 95	130	-	148
NEUMÜNSTER	77 675	- 0,1	- 0,4	- 30	- 55	- 85	64	1	82
Dithmarschen	128 155	- 0,1	- 0,8	-	- 81	- 81	73	3	102
Hzgt. Lauenburg	157 608	- 0,1	- 0,1	- 39	- 49	- 86	83	3	100
Nordfriesland	160 309	+ 0,1	- 0,7	- 14	137	123	99	1	127
Ostholstein	196 493	+ 0,0	+ 0,7	- 40	131	91	127	1	147
Pinneberg	262 814	+ 0,0	+ 0,8	- 4	33	29	163	2	202
Plön	117 958	+ 0,2	- 0,1	- 25	238	213	68	1	85
Rendsburg-Eckernförde	247 420	+ 0,0	- 0,0	32	- 26	6	167	4	221
Schleswig-Flensburg	182 681	- 0,0	- 0,1	- 50	11	- 39	93	1	112
Segeberg	218 886	+ 0,0	+ 1,0	8	53	61	165	1	211
Steinburg	126 313	- 0,1	- 1,1	- 25	- 80	- 105	75	2	101
Stormarn	198 298	+ 0,1	+ 0,9	- 39	146	107	112	1	148
Schleswig-Holstein	2 612 344	- 0,0	- 0,0	- 470	458	- 12	1 630	21	2 037

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1987		
	Betriebe am 30. 9. 1987	Beschäftigte am 30. 9. 1987	Umsatz ⁴⁾ im September 1987 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	Je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	69	8 509	182	36 498	32 709	...
KIEL	123	22 542	450	101 783	91 316	...
LOBECK	134	21 000	309	87 456	78 478	...
NEUMÜNSTER	69	10 077	129	37 142	33 219	...
Dithmarschen	69	6 138	265	69 660	56 411	...
Hzgt. Lauenburg	94	7 976	111	81 068	70 377	...
Nordfriesland	54	2 883	72	84 989	69 223	...
Ostholstein	77	6 059	128	95 468	82 363	...
Pinneberg	187	20 172	340	135 426	118 476	...
Plön	46	2 638	40	62 119	52 626	...
Rendsburg-Eckernförde	119	9 332	181	131 671	111 068	...
Schleswig-Flensburg	81	5 065	111	98 511	80 540	...
Segeberg	167	16 677	324	127 411	109 981	...
Steinburg	82	9 245	216	70 814	58 710	...
Stormarn	154	17 371	433	106 597	94 210	...
Schleswig-Holstein	1 525	165 684	3 290	1 326 613	1 139 727	...

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1986			Eheschließungen 1986		Lebendgeborene 1986		Gestorbene (ohne Totgeborene) 1986	
	insgesamt	männlich	Einwohner je km²	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	85 714	41 098	1 521	585	6,8	941	10,9	1 157	13,4
KIEL	243 626	115 972	2 191	1 438	5,9	2 172	8,9	3 214	13,1
LOBECK	209 159	97 079	975	1 444	6,9	1 830	8,7	3 039	14,5
NEUMÜNSTER	77 877	36 800	1 088	499	6,4	773	9,9	1 043	13,4
Dithmarschen	128 560	61 435	91	767	5,9	1 296	10,0	1 675	13,0
Hzgt. Lauenburg	158 144	77 265	125	836	5,3	1 573	10,0	1 940	12,3
Nordfriesland	160 688	78 642	78	1 085	6,7	1 558	9,7	1 750	10,9
Ostholstein	195 923	93 120	141	1 068	5,6	1 606	8,2	2 213	11,3
Pinneberg	261 979	126 815	396	1 560	6,0	2 397	9,2	2 858	10,9
Plön	118 035	58 869	109	727	6,2	1 044	8,8	1 327	11,2
Rendsburg-Eckernförde	247 652	122 392	113	1 468	5,9	2 464	10,0	2 811	11,4
Schleswig-Flensburg	182 646	92 269	88	1 102	6,0	1 913	10,5	2 047	11,2
Segeberg	218 371	106 646	162	1 227	5,7	2 142	9,9	2 115	9,7
Steinburg	126 665	61 335	120	712	5,6	1 323	10,4	1 674	13,2
Stormarn	197 633	95 662	258	1 093	5,6	1 661	8,4	2 116	10,8
Schleswig-Holstein	2 612 672	1 265 399	166	15 631	6,0	24 693	9,4	30 979	11,9

KREISFREIE STADT Kreis	Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31. 12. 1986		Zahnärzte am 31. 12. 1986
		Zugezogene 1986	Fortgezogene 1986		insgesamt ¹⁾	darunter in freier Praxis	
FLensburg	- 216	5 163	6 012	- 849	301	152	61
KIEL	- 1 042	12 393	13 407	- 1 014	1 180	388	254
LOBECK	- 1 209	9 047	8 997	+ 50	975	331	146
NEUMÜNSTER	- 270	2 877	3 010	- 133	233	102	55
Dithmarschen	- 379	8 816	9 291	- 475	250	137	64
Hzgt. Lauenburg	- 367	10 189	9 632	+ 557	265	150	85
Nordfriesland	- 192	12 374	13 140	- 766	344	183	66
Ostholstein	- 607	13 857	12 759	+ 1 098	450	219	109
Pinneberg	- 461	18 811	16 746	+ 2 065	516	334	165
Plön	- 283	8 843	8 373	+ 470	191	138	49
Rendsburg-Eckernförde	- 347	18 681	18 176	+ 505	490	249	152
Schleswig-Flensburg	- 134	14 005	14 099	- 94	278	159	81
Segeberg	+ 27	16 362	14 222	+ 2 141	436	200	113
Steinburg	- 351	11 127	11 426	- 299	267	121	67
Stormarn	- 455	14 370	12 818	+ 1 552	336	211	121
Schleswig-Holstein	- 6 286	176 915	172 108	+ 4 807	6 512	3 074	1 588

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. 6. 1986

KREISFREIE STADT Kreis	insgesamt		darunter im Wirtschaftsbereich							
			darunter Ausländer		Produzierendes Gewerbe 1)		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
FLENSBURG	36 471	20 080	1 469	890	11 741	9 100	8 934	4 743	15 674	6 166
KIEL	105 157	59 827	3 387	2 174	34 045	27 077	20 135	10 364	50 783	22 246
LOBECK	78 619	44 050	3 568	2 235	31 864	23 544	17 344	8 977	28 913	11 162
NEUMÜNSTER	29 064	16 778	980	762	12 973	9 819	6 793	3 522	9 143	3 339
Dithmarschen	32 977	20 433	366	248	14 140	11 532	5 728	2 796	11 714	4 930
Hzgt. Lauenburg	31 640	18 191	1 203	840	14 640	11 282	4 076	1 760	11 770	4 214
Nordfriesland	42 326	24 065	659	392	10 343	8 242	8 272	4 103	22 154	10 430
Ostholstein	44 542	23 303	894	593	13 653	10 141	8 120	3 693	20 991	8 124
Pinneberg	66 992	38 698	4 148	2 774	30 853	22 478	14 535	7 629	18 022	6 087
Plön	19 181	10 577	321	213	6 745	5 263	3 231	1 565	7 809	2 682
Rendsburg-Eckernförde	56 700	34 779	1 319	1 091	23 282	18 899	10 161	5 360	20 713	8 529
Schleswig-Flensburg	35 783	20 500	400	217	12 289	9 425	5 834	2 888	15 355	6 256
Segeberg	57 952	33 094	2 820	1 924	25 790	18 786	14 150	7 472	16 433	5 654
Steinburg	32 679	19 449	718	446	14 734	11 737	5 689	2 818	11 086	3 968
Stormarn	49 982	29 299	2 774	2 001	25 116	18 775	10 431	5 080	13 260	4 562
Schleswig-Holstein	720 075	413 123	25 046	16 799	282 208	216 120	143 433	72 770	273 820	108 349

Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1. 1. 1987

Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1987

KREISFREIE STADT										
Kreis	davon									
	insgesamt					insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 2) je 1 000 Einwohner
		Bundes- autobahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen		Personen- kraft- wagen 2)	Last- kraft- wagen	Zug- maschinen 3)	
Länge in m (einschl. Ortsdurchfahrten)										
	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*
FLENSBURG	84 614	6 940	13 927	20 343	43 404	36 733	32 709	1 747	261	...
KIEL	150 232	8 952	50 338	19 461	71 481	102 400	91 316	4 194	680	...
LÜBECK	170 111	10 982	44 325	15 344	99 460	88 036	78 478	4 177	938	...
NEUMÜNSTER	74 980	3 200	28 541	15 272	27 967	37 430	33 219	1 926	481	...
Dithmarschen	835 863	-	152 736	363 739	319 388	70 376	56 411	2 635	7 685	...
Hzgt. Lauenburg	774 493	33 435	157 248	279 387	304 423	81 908	70 377	2 715	4 642	...
Nordfriesland	1 340 756	-	170 967	625 335	544 454	85 847	69 223	3 285	8 549	...
Ostholstein	725 575	50 514	175 193	249 477	250 391	96 465	82 363	3 543	5 407	...
Pinneberg	370 655	35 396	53 668	186 904	94 687	136 404	118 476	6 078	4 859	...
Plön	515 864	6 624	139 466	163 867	205 907	62 755	52 626	2 067	4 378	...
Rendsburg-Eckernförde	1 209 973	72 132	274 268	366 785	496 788	132 811	111 058	4 953	10 130	...
Schleswig-Flensburg	1 343 414	46 697	213 897	507 232	575 588	99 599	80 540	3 565	10 007	...
Segeberg	887 431	37 280	202 080	258 799	389 272	128 562	109 981	5 347	6 390	...
Steinburg	669 373	13 990	142 518	264 562	248 303	71 590	58 710	2 948	5 905	...
Stormarn	633 742	58 640	112 441	200 000	262 661	107 474	94 210	4 220	3 534	...
Schleswig-Holstein	9 787 076	384 782	1 931 613	3 536 507	3 934 174	1 338 390	1 139 727	53 400	73 846	...

1) einschließlich ohne Angabe eines bestimmten Wirtschaftsbereiches

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) zulassungspflichtige

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31. 12. 1986		Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1986			Empfänger von Sozialhilfe 1986			
	Wohn- gebäude	Wohn- nungen	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31. Dezember 1986	
								insgesamt	je 1 000 Einwohner
1 000 DM		insgesamt		je 1 000 Einwohner					
FLensburg	13 124	44 849	34 295	26 271	60 566	702	8 486	5 054	59
KIEL	30 421	119 645	89 293	72 393	161 676	661	20 590	11 574	48
LOBECK	36 533	106 325	84 537	75 959	160 496	765	16 531	9 823	47
NEUMÜNSTER	15 740	38 421	26 645	22 769	49 415	634	5 937	3 983	51
Dithmarschen	40 396	59 491	13 404	24 058	37 462	290	5 280	2 227	17
Hzgt. Lauenburg	38 230	70 105	17 765	31 925	49 690	315	7 781	3 584	23
Nordfriesland	48 097	81 462	17 563	25 560	43 123	267	5 651	2 990	19
Ostholstein	46 108	93 637	26 180	32 938	59 118	302	8 216	4 391	22
Pinneberg	56 636	116 522	35 789	54 744	90 532	347	10 904	5 605	21
Plön	29 626	50 889	11 630	19 182	30 812	261	4 647	2 154	18
Rendsburg-Eckernförde	60 607	104 808	29 279	49 475	78 754	318	11 068	5 771	23
Schleswig-Flensburg	46 958	73 776	19 602	32 890	52 492	287	8 077	3 620	20
Segeberg	49 167	88 426	24 206	34 467	58 673	270	9 075	4 260	20
Steinburg	33 618	57 664	15 026	32 032	47 059	370	6 731	3 720	29
Stormarn	44 774	84 070	14 242	31 417	45 659	232	6 297	3 169	16
Landesbehörden	X	X	X	112 211	112 211	43	111	X	X
Schleswig-Holstein	590 035	1 190 090	459 444	678 291	1 137 735	435	135 382	71 925	28

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1986¹⁾

Gemeinden

Kreis	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			Gemeinde- anteil an der Ein- kommen- steuer
	1 000 DM	DM je Einwohner ²⁾			Auf- kommen	Gewerbe- steuer- umlage	Ein- nahmen	
					1 000 DM			
*	*	*	*	*	*	*	*	
FLensburg	84 402	978	43	11 359	42 319	6 624	35 695	36 294
KIEL	222 504	909	127	39 574	89 790	13 372	76 418	104 700
LOBECK	189 097	901	265	28 893	86 248	15 026	71 222	86 920
NEUMÜNSTER	62 400	800	71	10 017	23 308	3 368	19 940	31 710
Dithmarschen	85 875	666	2 984	10 336	37 499	7 477	30 022	41 469
Hzgt. Lauenburg	105 796	670	2 093	14 209	26 548	4 837	21 711	66 090
Nordfriesland	93 666	581	3 966	17 147	22 773	3 687	19 086	47 627
Ostholstein	126 934	649	3 364	20 051	37 761	7 322	30 439	64 915
Pinneberg	261 596	1 002	1 909	27 020	107 505	20 637	86 868	139 059
Plön	73 052	620	2 269	10 653	15 492	2 761	12 731	45 639
Rendsburg-Eckernförde	155 529	628	3 793	19 195	46 245	7 656	38 589	92 120
Schleswig-Flensburg	94 921	519	4 169	12 750	24 938	3 942	20 996	55 708
Segeberg	194 831	898	2 151	18 853	87 501	14 836	72 665	99 675
Steinburg	99 256	778	1 931	11 865	43 908	7 439	36 469	47 968
Stormarn	191 497	975	1 395	18 087	82 348	16 430	65 918	103 790
Schleswig-Holstein	2 041 362	781	30 522	270 011	774 184	135 414	638 770	1 063 684

1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

2) Bevölkerungsstand 30. 6. 1986

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände

KREISFREIE STADT	Realsteuerverbringungskraft 1986 ¹⁾				Steuer- einnahmekraft ²⁾ der Gemeinden 1986		Baumaßnahmen 1986			
	Insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)
FLensburg	47 396	549	38 460	446	76 153	882	17 421	202	-	-
KIEL	108 314	443	79 272	324	196 602	804	45 011	184	-	-
LOBECK	97 322	464	75 072	358	163 341	802	55 984	267	-	-
NEUMÜNSTER	28 490	365	20 577	264	55 807	716	18 560	238	-	-
Dithmarschen	55 725	432	40 593	315	89 149	691	53 034	411	43 691	339
Hzgt. Lauenburg	45 541	288	27 787	176	105 062	665	88 275	559	80 587	510
Nordfriesland	45 641	283	23 548	146	87 914	546	68 775	427	61 377	381
Ostholstein	62 619	320	38 682	198	119 120	609	76 234	390	60 602	310
Pinneberg	146 953	563	113 336	434	262 554	1 007	84 364	323	76 222	292
Plön	29 533	250	15 958	135	71 138	603	42 778	363	34 373	292
Rendsburg-Eckernförde	74 085	299	49 047	198	185 257	627	95 691	387	86 723	350
Schleswig-Flensburg	43 946	240	25 306	141	93 681	512	89 175	487	72 080	394
Segeberg	118 002	544	92 807	428	199 134	918	80 421	371	74 765	345
Steinburg	62 696	431	47 882	375	101 303	794	48 494	380	43 142	338
Stormarn	109 239	558	86 436	440	195 443	995	91 933	468	71 489	364
Schleswig-Holstein	1 075 500	412	775 263	297	1 976 957	757	956 148	366	705 049	270

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1984

KREISFREIE STADT	Schulden am 31. 12. 1986 (ohne Kassenkredite)					ins- gesamt in Mill. DM	davon				Anteile der Kreise am Land	Ver- ände- rung gegen- über 1982
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Amtsverwaltungen		Land- und Forst- wirt- schaft		waren- produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- lei- stungen			
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.								
										%		
Kreis	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLensburg	123 294	1 428	123 294	1 428	3 200	0,1	32,8	20,8	46,3	5,2	7,0	
KIEL	440 670	1 801	440 670	1 801	8 541	0,1	29,4	17,0	53,5	13,9	8,4	
LOBECK	484 988	2 312	484 988	2 312	6 362	0,3	36,8	18,5	44,4	10,3	8,0	
NEUMÜNSTER	271 928	3 488	271 928	3 488	2 093	0,4	33,3	19,3	47,0	3,4	7,2	
Dithmarschen	105 412	817	81 541	632	3 793	8,3	48,0	12,9	30,9	6,2	7,3	
Hzgt. Lauenburg	120 462	763	105 811	670	2 930	6,9	40,7	12,9	39,5	4,8	28,5	
Nordfriesland	235 268	1 460	183 100	1 136	3 406	13,2	16,8	16,1	53,8	5,5	7,0	
Ostholstein	200 125	1 023	193 045	987	3 353	8,3	23,2	17,6	50,9	5,5	6,9	
Pinneberg	202 492	776	166 567	638	5 511	3,5	39,5	17,3	39,7	9,0	10,8	
Plön	148 592	1 260	136 599	1 158	1 670	13,1	20,6	13,8	52,5	2,7	7,7	
Rendsburg-Eckernförde	152 097	614	142 157	574	5 074	8,9	37,6	14,1	39,3	8,2	8,1	
Schleswig-Flensburg	154 671	845	104 124	569	3 436	14,6	22,9	12,0	50,5	5,6	7,1	
Segeberg	163 064	751	158 637	731	4 205	6,1	38,0	16,9	39,0	6,8	10,9	
Steinburg	114 791	899	93 680	734	3 268	7,2	31,8	14,7	46,3	5,3	14,1	
Stormarn	182 734	931	126 494	644	4 674	3,2	44,8	13,6	38,4	7,6	20,1	
Schleswig-Holstein	3 100 538	1 187	2 812 635	1 077	61 515	5,3	34,0	16,0	44,7	100	10,2	

1) Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert. 2) Realsteuerverbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. 3) Bevölkerungsstand 30. 6. 1986

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 9. 1987	Kurzarbeiter Monatsmitte September 1987	offene Stellen 30. 9. 1987	Schweine insgesamt am 3. 4. 1987	Rindvieh am 3. 6. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
in %		in 1 000							
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	99	5	5	1 720	1 548	465
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	98	4	5	8	13	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	298	28	18	7 579	3 382	1 035
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	41	3	2	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	729	122	38	6 559	2 035	581
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	147	15	15	1 220	829	261
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	105	8	9	640	601	209
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	191	17	38	2 463	1 739	637
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	260	35	35	4 371	5 161	1 972
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	50	13	3	43	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	88	2	12	3	1	0
Bundesgebiet	61 142,8	+ 0,8	+ 0,2	2 107	253	180	24 614	15 400	5 189

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Juni 1987	
	Beschäftigte am 31. 7. 1987 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juli 1987		Beschäftigte am 30. 6. 1987 in 1 000	je 1 000 Einwohner	zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %			Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	164	2 744	20	40	15	815	3,1
Hamburg	136	6 044	16	21	13	274	1,7
Niedersachsen	647	10 889	28	106	15	1 889	2,6
Bremen	77	1 727	35	10	15	50	0,8
Nordrhein-Westfalen	1 954	33 716	28	216	13	3 465	2,1
Hessen	630	9 246	28	85	15	1 600	2,9
Rheinland-Pfalz	366	7 118	36	62	17	1 289	3,6
Baden-Württemberg	1 440	21 647	32	170	18	3 148	3,4
Bayern	1 355	21 748	34	232	21	4 628	4,2
Saarland	135	2 314	34	15	15	233	2,2
Berlin (West)	163	3 728	11	32	17	606	3,2
Bundesgebiet	7 067	120 920	29	991	16	17 997	2,9

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1987				Bestand an Spar- einlagen 5) am 31. 5. 1987 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1986		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in je- weiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Bereichs 6) in %	je Erwerbs- tätigen in Preisen von 1980 Bund = 100
im 2. Vierteljahr 1987											
in DM je Einwohner											
Schleswig-Holstein	1 613	27	2 121	133	7 402	553	485	...	67	38,6	94
Hamburg	892	10	1 095	124	10 818	945	3 936	...	91	30,3	143
Niedersachsen	3 569	103	4 722	135	9 241	552	503	...	190	44,7	91
Bremen	316	1	363	115	10 431	674	1 315	...	27	38,6	113
Nordrhein-Westfalen	8 135	133	10 365	129	10 086	581	932	...	514	46,2	102
Hessen	2 502	67	3 275	134	11 368	740	924	...	191	36,1	105
Rheinland-Pfalz	2 080	37	2 762	135	10 711	572	605	...	103	48,9	97
Baden-Württemberg	4 432	122	6 111	141	11 821	691	880	...	313	51,8	98
Bayern	6 985	219	9 415	138	11 998	659	687	...	346	43,9	94
Saarland	598	8	753	127	9 761	546	591	...	29	45,5	91
Berlin (West)	1 382	12	1 641	120	9 261	477	1 867	...	73	43,8	109
Bundesgebiet	32 873	755	43 087	133	10 626	628	894	...	1 944	44,5	100

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 5) ohne Postspareinlagen

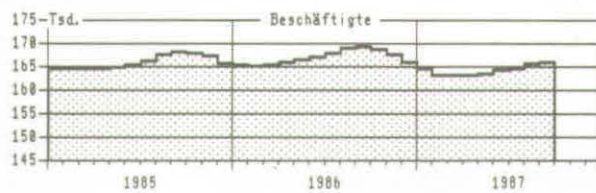
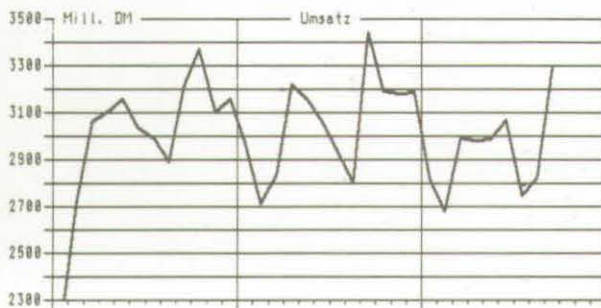
6) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Anteil an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

Entwicklung im Bild

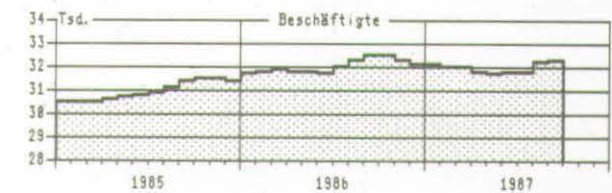
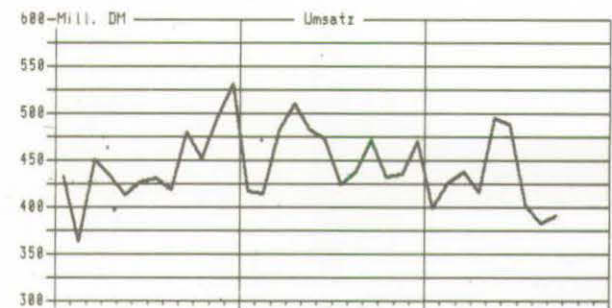
D 5608 Stat. LA S-H (B)

Verarbeitendes Gewerbe

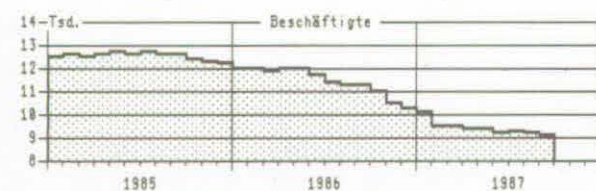
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



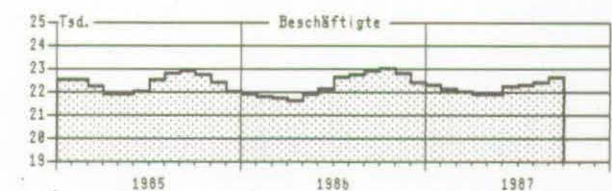
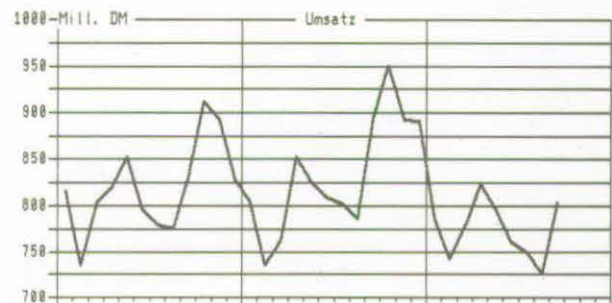
darunter Maschinenbau



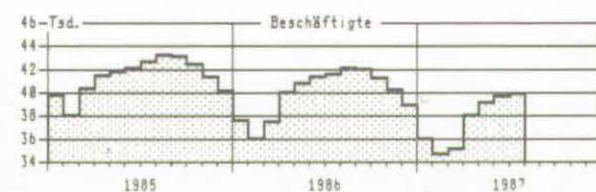
darunter Schiffbau



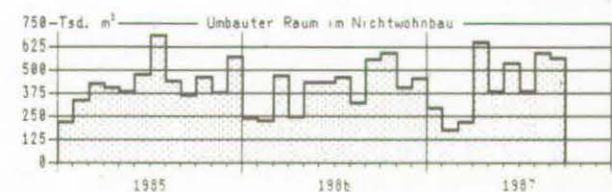
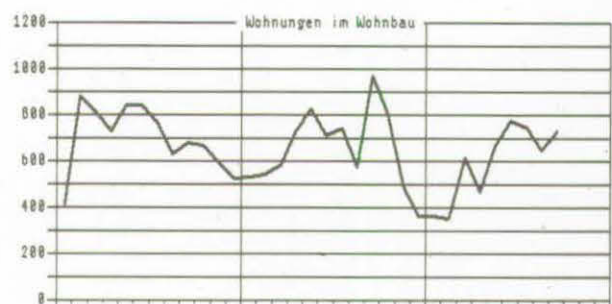
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -